

ANTRÄGE

LANDESPARTEIRAT DER SPD NIEDERSACHSEN

15. Juni 2024 | Hannover

BESCHLUSSBUCH

Inhalt

Initiativanträge.....	6
IN1 - Folge der Europawahl - Einrichtung einer Landes-AG.....	6
Bauen & Wohnen	6
BA1 - Anpassung des Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz (NWofG) Richtlinie zur Durchführung der sozialen Wohnraumförderung in Niedersachsen	6
BA3 - Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen.....	8
BA4 - Mietenstopp.....	8
BA5 - Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bausektor in Niedersachsen.....	9
BA6 - Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen.....	11
BA7 - Bezahlbarer Wohnraum in Niedersachsen: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort.....	12
Bildungspolitik.....	13
B1 - Bauliche und digitale Schulausstattung.....	13
B2 - Erhalt von Sprachlernklassen	15
B3 - Pflichtkurse zur Ersten Hilfe ab der weiterführenden Schule für alle Jahrgänge	15
B4 - Queere Bildung fördern	16
B5 - Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbildungsinhalt der Lehrer*innen-Ausbildung	16
B6 - Zukunftstag – dein Crashkurs fürs Leben.....	17
B7 - Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung.....	17
B8 - Verbesserung der Erzieher:innenausbildung	17
B9 - Verstetigung des Beratungs- und Bildungsangebotes für Migrant:innen	17
B10 - Klassenassistenz für alle niedersächsischen Grundschulklassen	18

B11 - Klassenassistenz an Grundschulen.....	19
B12 - Alle Kinder in Niedersachsen sollen lesen können - Bildungsverantwortung wahrnehmen und handeln!.....	19
B13 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen.....	20
B14 - Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz	21
B15 - Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!	21
B16 - Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln	22
B17 - Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz	23
B18 - Einzügige Lehrerausbildung in Niedersachsen.....	24
B19 OV Gifhorn - Zusätzliche Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen.....	24
B20 - Lehrkräftebildung auf die Füße stellen – neue Stufenlehrausbildung auf den Weg bringen	24
B21 - Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler*innen in Niedersachsens Schulen.....	25
B22 - Lernmittelfreiheit bedeutet Kostenfreiheit!	26
B23 - Berufsorientierung ab der 8. Klasse	26
B24 - Mehr Erzieherinnen und Erzieher braucht das Land.....	27
B25 - Befristete Weiterführung der Förderschule „Lernen“	28
B26 - Änderung des Niedersächsischen Klassenbildungserlasses nach der Corona-Pandemie.....	29
B27 - Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen.....	30
B28 - Digitalisierung in Bildungseinrichtungen.....	32
B29 - Direkter Quereinstieg in den niedersächsischen Schuldienst: Verbesserung der berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen Qualifizierung.....	32
B30 - Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen	33

B31 - Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen	34
B32 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung	36
Gleichstellungspolitik	36
GL1 – Änderung des § 20 NGG sowie Anpassung der übrigen §§ des NGG	36
GL2 – Unser Parlament wird weiblich! Frauen endlich nachhaltig empoweren!	37
GL3 – Keine Ausreden – Parität jetzt!.....	38
Innenpolitik.....	39
I1 – Unabhängige Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen	39
I2 - Kampfmittelbeseitigung – Kostenübernahme von Vor- und Nebenarbeiten durch das Land Niedersachsen.....	39
I3 - Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen	40
I4 - Humanitärer Fonds in Niedersachsen – Ehrenamtlichen Einsatz in humanitären Krisengebieten stärken.....	41
I5 - Krieg' ich deine Nummer?! - Vertrauen in die Polizeiarbeit stärken!.....	41
I6 - Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!	43
I7 - Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst	44
I8 - Vollständige Aufhebung der Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen.....	45
I9 - NKomVG novellieren, Fraktionsstärke staffeln	46
I10 - Sicherung des kommunalen Grundvermögens.....	47
I11 – Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie.....	47
I12 – Lehrgangsangebot für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren ausbauen und stärken.....	48
I13 – Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung: Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten ermöglichen	48

I14 – Lokale Berichterstattung fördern	49
I15 – Hilfsfonds für notleidende gemeinnützige soziale Organisationen.....	50
I16 – Den 8. Mai als Feiertag anerkennen	51
I17 – Meldegesetz ändern	51
Partei.....	52
P1 – Beschlussmonitoring für Parteitagsbeschlüsse	52
P2 – Historische Kommission für die niedersächsische SPD einsetzen.....	53
P3 – Breitere Teilhabemöglichkeiten für engagierte Frauen	53
Soziales & Gesundheit.....	55
SG1 - Umsetzung der Kindergrundsicherung	55
SG2 - Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.....	55
SG4 - Rentenerhöhungen mind. auf dem Niveau des Inflationsausgleichs	57
SG6 - Förderung eines Teleneurologie-Netzwerk-Projektes	58
SG7 - Patientensicherheit gemeinsam systematisch implementieren und kontinuierlich in Niedersachsen verbessern.	59
SG8 - Medizin-Studienplätze erhöhen	60
SG9 - Landesweites Ersthelfer-Benachrichtigungssystem.....	60
Umweltpolitik.....	61
U1 - Möglichkeiten für Kostenbeteiligung von Arzneimittelherstellern für notwendige Reinigungsstufen in Kläranlagen prüfen.....	61
Verkehrspolitik	62
VP1 - Straßenausbaubeiträge abschaffen!	62

VP2 - Verpflichtende regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für alle Autofahrenden	63
VP3 - Das Land in vollen Zügen genießen: für ein 29 Euro Ticket, das inkludiert!	64
VP4 - Außen grün, innen rot - die SPD kann die Verkehrswende schaffen!.....	65
VP5 - Besteuerung hochklimaschädlicher Privatflüge	67
VP6 - Förderung schneller Ladeinfrastruktur für Mehrfamilienhäuser verbessern	67
VP7 – Kommunale Selbstverwaltung - Das Recht auf Anordnung von Verkehrsregelungen	68
VP8 – Barrierefreie Lichtsignalanlagen in allen Kommunen	69
VP9 – MPU reformieren	69
Finanzpolitik.....	70
F1 UB Region Hannover – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120.....	70
F2 UB Region Hannover- Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren.....	71

Initiativanträge

IN1 - Folge der Europawahl - Einrichtung einer Landes-AG

Antragssteller: OV Rautheim

Beschluss: Weiterleitung als Material für den Landesvorstand

Der SPD-Ortsverein Rautheim appelliert an den Landesparteirat, die Dringlichkeit festzustellen sowie den Initiativantrag anzunehmen und damit den Landesvorstand Niedersachsen zu bitten, umgehend eine AG "Mitgliederwerbung/Mitgliederbindung/Wahlbeteiligung" mit Vertretern/-innen örtlicher Untergliederungen einzurichten, die auch Möglichkeiten erarbeiten soll, wie die Anzahl der Nichtwähler/-innen möglichst reduziert werden kann und es dadurch gelingt, die SPD bestenfalls wieder zu stärken.

Begründung:

Die Europawahl war für die SPD auf fast allen Ebenen eine herbe Niederlage, obwohl vor Ort massiv Werbung gemacht wurde, zur Wahl zu gehen und keine extremistischen Parteien zu wählen, im besten Fall der SPD ihre Stimme zu geben.

Diese Niederlage erfordert es, nun umgehend Maßnahmen einzuleiten.

Auch wenn die Wahlbeteiligung höher als bei der letzten Europawahl war, muss erörtert werden, warum es immer noch viel zu viele Menschen gibt, die ihr demokratisches Recht nicht wahrnehmen.

Die Wahlkämpfer/-innen vor Ort "hängen sich rein", sind aber oftmals aufgrund der Rückmeldungen der Bürger/-innen und der Wahlergebnisse am Verzweifeln. Wir müssen der Sache strukturell und auch mit wissenschaftlicher Unterstützung auf den Grund gehen und unverzüglich handeln.

Es ist jetzt dringlicher denn je!

Bauen & Wohnen

BA1 - Anpassung des Niedersächsisches Wohnraumfördergesetz (NWoFG) Richtlinie zur Durchführung der sozialen Wohnraumförderung in Niedersachsen

Antragssteller: OV Meppen

Beschluss: Erledigt durch Regierungshandeln

Wir fordern das NWoFG anzupassen und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu verstärken.

Dazu sollten zwei Komponenten in dem Gesetz verändert bzw. ergänzt werden:

- Anpassung der Mietobergrenzen
- Einbindung einer Komponente für energetischen Bauen

Begründung:

Wohnen entwickelt sich immer mehr zur einer der zentralen Sozialen Fragen in Niedersachsen. Die stark angestiegenen Nebenkosten setzen immer mehr Bürger wirtschaftlich unter Druck. Günstiger und energetisch vertretbarer Wohnraum steht vielfach nicht mehr zur Verfügung. In Niedersachsen ist ein flächendeckender Rückgang von Wohnungen mit Mietpreisbindungen zu beobachten.

Zeitgleich ist aktuell in dem Sektor kaum noch Bautätigkeit zu verzeichnen. Durch den starken Anstieg der Grundstückspreise und der Baukosten, sind Investitionen im Sozialen Wohnungsbau wirtschaftlich nicht mehr lukrativ.

Die derzeitige Mietobergrenze für die Förderung nach Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz durch die NBank liegt bei 5,60 € pro m². Dieser Mietzins liegt vielerorts bereits deutlich unter den geförderten Obergrenzen nach dem SGB II oder SGB VII. In den meisten niedersächsischen Kommunen werden Mieten von 6-9 € inzwischen als Mietobergrenzen für angemessene Unterkunftskosten akzeptiert. Auch die Obergrenzen im Wohngeldgesetz liegen deutlich höher. Im

Schnitt liegt die Mietobergrenze bei Wohnung von 50 m² bei einer Einzelperson und Mietstufe 1 bereits bei 6,94€.

Wir fordern die Anpassung der Obergrenze an die durchschnittlichen Obergrenzen nach dem SGBII.

Vorstellbar wäre auch die Orientierung an den Vorgaben des Wohngeldgesetzes und den jeweiligen Mietstufen.

Um im Sozialen Wohnungsbau energetischen Bauen zu fördern, sollten weitere Anreize im Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz eingebunden werden. Der Anteil der Energiekosten an den Wohnraumkosten nimmt aktuell dramatisch zu. Die vorgegebene niedrige Mietobergrenze verhindert die kostenintensive energetische Ausrichtung im Sozialen Wohnungsbau. Wir fordern daher das energetische Bauen über das Wohnraumförderungsgesetz besonders zu fördern. Sofern Investoren im KfW 40 Standard bauen, sollte dies mit höheren Tilgungszuschüsse zu Baubeginn oder alternativ durch eine höhere Mietobergrenze besonders gefördert werden.

Durch die Veränderungen im Niedersächsisches Wohnraumförderungsgesetz würde der soziale Wohnungsbau für Investoren wieder wirtschaftlich attraktiver werden. Durch die Einbindung einer Komponente für energetischen Bauen könnten die Energiekosten für Einkommensschwache Haushalte reduziert und gleichzeitig ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

BA2 - Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten

Antragssteller: OV Hannover Oststadt/Zoo

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Wir fordern, die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietverträgen regelt, aufzuheben.

Begründung:

Im Interesse der Vermieterseite wurde die Regelung des § 557b BGB eingeführt, der auch in Zeiten hoher Inflation sicherstellt, dass die Realmieten nicht sinken.

Die dadurch geschaffene Möglichkeit, die Miete selbst dann zu erhöhen, wenn sie bereits über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt, stellt eine ungerechtfertigte Besserstellung der Vermieterseite dar, deren Einkünfte in den letzten 25 Jahren ohnehin exorbitant gestiegen sind.

Im öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung daher ersatzlos zu streichen.

BA3 - Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen

Antragssteller: OV Hannover Oststadt/Zoo

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen regelt, ist dahingehend abzuändern, dass die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen Miete auf einen geringeren Anteil der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt als die derzeit geltenden 8 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.

B) Im § 559 BGB ist ferner ein Abs. 5a einzufügen:

„Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Modernisierungsmaßnahme gedeckt sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.“

Begründung:

Im öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung daher entsprechend anzupassen. Früher konnten 11 % der Kosten umgelegt werden, auf Initiative der SPD wurde diese Umlegungsmöglichkeit im Rahmen der Großen Koalition auf 8 % beschränkt.

Dennoch erfolgen weiterhin breitflächig Mieterhöhungen, mit denen sich die Vermietenden ihre werterhöhenden Modernisierungsmaßnahmen von der Mieterseite bezahlen lassen, die nach aktuellem Recht (8 % Umlegung) nach 12,5 Jahren die Modernisierung und Wertsteigerung vollständig abbezahlt haben kann.

Da diese Modernisierungsmieterhöhungen zusätzlich zu anderen Mieterhöhungen hinzutreten kann, kommt es für viele Mietende zu unzumutbaren Belastungen, die für sie nicht mehr tragbar sind.

Mit der vollständigen Erstattung der Kosten der Modernisierungsmaßnahme durch die Mieterseite entfällt der rechtfertigende Grund für die Erhöhung mit der Folge, dass diese Erhöhungen ab diesem Zeitpunkt mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen sind.

BA4 - Mietenstopp

Antragssteller: OV Hannover Oststadt/Zoo

Beschluss: Weiterleitung als Material für Bundestagsfraktion

Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende Regelungen einführt, die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt vorsehen als auch einen Tatbestand für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung überhöhter Mieten und weiterer Gesetzesverstöße.

Begründung:

In Jahrzehnten exorbitanter Steigerungen der Wohnraummieten zunächst in Großstädten, mittlerweile auch deutlich darüber hinaus, ist für die MieterInnenseite der Wohnkostenanteil am verfügbaren Einkommen im Durchschnitt deutlich angestiegen.

Viele Mitmenschen müssen damit ihre mühevoll erworbenen Erwerbseinkünfte zum erheblichen Teil den Vertragspartnern am Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen, die in den letzten Jahren infolge exorbitanter Mieterhöhungen bzw. starken Mietersteigerungen bei der Neuvermietung von Wohnraum Rekordeinnahmen erzielen konnten.

Vor dem Hintergrund steigender Zinsen und derzeit leicht sinkender Nachfrage im Bereich des Kaufs von Immobilien bekommt die Nachfrage bei der Vermietung von Wohnraum nochmals eine besondere Dynamik.

Da Wohnen nicht zum Luxus werden darf, sind alle im Mietverhältnis wohnenden Mitmenschen darauf angewiesen, dass bis auf weiteres ein Mietenstopp eingeführt wird.

Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 25.03.2021 (2 BvF 1/20, 2 BvL 4/20, 2 BvL 5/20) dürfen diese Regelungen derzeit nicht von den Bundesländern, sondern nur vom Bund getroffen werden.

Vor dem Hintergrund des Sozialstaatsprinzips nach Art. 20 Abs.1 GG und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach Art 14 Abs.2 GG sind diese Regelungen zur Vermeidung von massenhafter Armut und Wohnungslosigkeit geboten.

BA5 - Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bausektor in Niedersachsen

Antragssteller: KV Emsland

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Alle künftig neu zu planenden Neu- und Umbauvorhaben sowie künftig neu zu planende sonstige bauliche Sanierungen des Landes Niedersachsen sollen nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft ausgeschrieben und errichtet werden. Dabei sollen möglichst viele der folgenden Kriterien erfüllt werden:

- Verwendung von wiederverwendbaren oder recycelbaren Baustoffen /-materialien.
- Vermeidung von Sondermüll und anderen Abfallprodukten.
- Minimierung von Transportwegen und Energieverbrauch bei der Herstellung und Verarbeitung von Baustoffen.
- Berücksichtigung von Möglichkeiten zur späteren De- oder Remontage von Bauelementen zur Reduktion von Abfall bei Demontage und Abriss.
- Vermeidung von Abfällen durch eine effiziente Materialplanung und Abfallvermeidung bereits in der Planungsphase.
- Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Baustoffen.
- Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Bauprojekte, beispielsweise durch die Verwendung umweltverträglicher Materialien und die Einhaltung sozialer Standards bei der Beschaffung von Bauleistungen und Materialien.

Begründung:

Die Kreislaufwirtschaft im Bausektor ist von großer Bedeutung, wertvolle Ressourcen werden geschont und erhalten und Umweltschäden vermieden. Die Verwendung von recycelten oder wiederverwendbaren Baustoffen führt zu einer Verringerung

des Abfallaufkommens (z.B. Sondermüll) und zu einer Reduzierung der CO2-Emissionen, die derzeit bei der Entsorgung von Bauabfällen und der Herstellung von neuen Baustoffen entstehen.

Die wiedergewonnenen Baumaterialien können auf verschiedene Weise wiederverwertet werden, beispielsweise durch Recycling, Wiederaufbereitung oder Wiederverwendung. Dies kann auch zur Förderung der lokalen Wirtschaft beitragen, da lokale Unternehmen und Handwerker für die Wiederaufbereitung und Wiederverwertung von Baustoffen eingesetzt werden können.

Es gibt bereits viele öffentliche Gebäude, die nach den Kriterien der Kreislaufwirtschaft errichtet wurden. Das „Haus der Materialisierung“ in Berlin ist ein überzeugendes Beispiel für ein Gebäude, das aus recycelten Materialien errichtet wurde.

In den Niederlanden wurde das Stadtverwaltungsgebäude der Gemeinde Venlo nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft geplant und erbaut. Auch das Europa-Haus, Hauptsitz des Europäischen Rates und des Rates der EU in Brüssel, ist ein gutes Beispiel für den Einsatz wiederverwertbarer Baustoffe: Für die Fassadengestaltung wurden restaurierte Holzfensterrahmen verwendet, die von renovierten oder abgerissenen Gebäuden in der EU stammen.

Die Europäische Union hat bereits Gesetze und Vorschriften zur Kreislaufwirtschaft im Baubereich erlassen, beispielsweise die „Bauproduktenverordnung“, die überarbeitet und modernisiert werden soll und die „Abfallrahmenrichtlinie“. Außerdem verfolgt die EU den „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“ als einen wichtigen Baustein des europäischen „Green Deals“.

Auf Bundesebene gibt es Förderungen für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im Baubereich, beispielsweise das "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand" (ZIM) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) informiert über erfolgreiche Initiativen der Kreislaufwirtschaft, daraus kann geschlossen werden, dass auch über die KfW Förderungen für die Baubranche möglich sind.

In Niedersachsen können kleine und mittelständische Unternehmen bei der NBank Förderanträge stellen im Bereich betrieblicher Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft.

Das Land Niedersachsen auf dem Weg zum Energieland Nr. 1 kann auch beim Thema Kreislaufwirtschaft in der Baubranche eine Vorreiterrolle übernehmen und ein deutliches Signal für mehr Nachhaltigkeit setzen.

Quellen und weiterführende Links:

EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft:

<https://ec.europa.eu/environment/circular-economy/>

Wie will die EU bis 2050 eine Kreislaufwirtschaft erreichen?

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20210128STO96607/wie-will-die-eu-bis-2050-eine-kreislaufwirtschaft-erreichen>

Kreislaufwirtschaft in der EU:

<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/circular-economy.html>

EU-Abfallrichtlinie:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=legissum:ev0010>

Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand:

<https://www.zim.de/ZIM/Navigation/DE/Home/home.html>

KfW: Dossier Kreislaufwirtschaft:

<https://www.kfw.de/stories/dossier-kreislaufwirtschaft.html>

NBank: Förderprogramm Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft:

<https://www.nbank.de/F%C3%B6rderprogramme/Aktuelle-F%C3%B6rderprogramme/Ressourceneffizienz-und-Kreislaufwirtschaft.html>

Europa-Gebäude (Hauptsitz des Europäischen Rates und des Rates der EU): <https://www.consilium.europa.eu/de/contact/address/council-buildings/europa-building/>

Stadtverwaltungsgebäude Gemeinde Venlo:

<https://c2cvenlo.nl/de/stadtverwaltung-venlo/>

Circular Viaduct, Niederlande:

<https://www.circulaireviaducten.nl/>

Haus der Materialisierung, Berlin:

<https://hausdermaterialisierung.org/>

Open AI:

<https://chat.openai.com/>

BA6 - Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Antragssteller: OV Hannover Oststadt/Zoo

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum anzuheben und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe stellt.

Begründung:

Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum werden immer öfter von Vermieterseite ausgesprochen, um bei der Neuvermietung deutlich höhere Mieten zu vereinbaren, ohne dass tatsächlich eine Eigenbedarfssituation gegeben ist.

Eine weitere beliebte Methode ist die Benutzung einer tatsächlich gegebenen Eigenbedarfssituation, um gleich eine Mehrzahl an Eigenbedarfskündigungen auszusprechen.

Zur Vermeidung solcher für die Mieterseite häufig existenzgefährdenden Situationen sollte ein stärkerer gesetzgeberischer Mieterschutz den sozialen Frieden sichern.

BA7 - Bezahlbarer Wohnraum in Niedersachsen: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Wir brauchen in Niedersachsen mehr und vor allem günstigeren Wohnraum. Das ist eine unserer aktuell zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Wie es um den Markt derzeit bestellt ist, hat uns der gerade vorgestellte Wohnungsmarkbericht noch einmal gezeigt: allein bis 2040 werden in Niedersachsen rund 147.000 zusätzliche Geschosswohnungen benötigt.

Gleichzeitig erreichen uns derzeit nahezu täglich alarmierende Nachrichten über die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt und in der Baubranche. Im intensiven Austausch mit der Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, der Bauindustrie und dem Handwerk wird deutlich, dass nicht nur die Lage auf dem Wohnungsmarkt angespannt ist wie lange nicht mehr; die Probleme der Baubranche sind enorm. Die Branche ist in einer wirtschaftlichen Krise. Die Ursachen sind bekannt: hohe Material- und Energiepreise, die Zinswende, der Fachkräftemangel, die Notwendigkeit und die damit verbundenen Anforderungen für unsere Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten. Der Wohnungsmarkt ist von vielen Seiten enorm unter Druck. Hinzu kommt eine Vielzahl von Vorschriften und Regelungen, die das Bauen oft mehr erschweren als erleichtern.

Die SPD Niedersachsen begrüßt, dass die von ihr geführte Landesregierung die Problemlagen anpackt, auch um der Baubranche einen Konjunkturschub zu verschaffen. Hierzu gehören u.a. die Umsetzung der maßgeblichen Punkte des Bau-Turbo-Paktes mit dem Bund, die Vereinfachung der Ausweisung von Bauland mit dem Baulandmobilisierungsgesetz – sowie die Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO).

Die SPD Niedersachsen begrüßt die Novellierung der NBauO, mit dem der Umbau und Ausbau unserer Gebäudebestände deutlich erleichtert werden soll und genauso der Neubau schneller, einfacher und damit günstiger werden soll. Niedersachsen ist hier bundesweit Vorreiter, weil die SPD-geführte Landesregierung so mutig war, erstmals die materiellen Bauvorschriften zu vereinfachen, damit langwierige und komplizierte Verfahren der Vergangenheit angehören.

Die SPD Niedersachsen begrüßt den Beschluss der Niedersächsischen Landesregierung, eine eigene Wohnungsgesellschaft „Wohn.Raum Niedersachsen“ zu gründen und mit einem Startkapital von 100 Millionen Euro auszustatten. Damit setzt die SPD-geführte Landesregierung ein deutliches Zeichen, dass das Land Niedersachsen in den kommenden Jahren einen eigenständigen Beitrag gegen die anhaltende Wohnungsnot sowie für bezahlbaren Wohnraum leisten will. Die Entscheidung ist ein zusätzlicher Impuls für die Unternehmen und Beschäftigten in der Bauwirtschaft. Wir schaffen Werte!

Vor dem Hintergrund der auch zukünftig bestehenden Bedarfe bei der Schaffung von Wohnraum hält es die SPD Niedersachsen für notwendig, auch zukünftig die Finanzierung der „Wohn.Raum Niedersachsen“ sicherzustellen und damit einen Beitrag zur Vermögensbildung des Landes Niedersachsen zu leisten.

Die SPD in Niedersachsen erkennt dabei an, dass die noch zu gründende Landesgesellschaft weder kurz- noch mittelfristig allein den anhaltenden Bedarf an bezahlbaren Wohnraum decken können; sie ist vielmehr einer von mehreren wichtigen Bausteinen für die Schaffung von mehr Wohnraum.

Deshalb macht es sich der SPD-Landesvorstand zur Aufgabe, mit den relevanten Akteuren gemeinsam ein abgestimmtes Vorgehen aller beteiligten politischen Ebenen und Akteure zu erreichen, mit dem Ziel, neuen, bezahlbaren Wohnraum einzusetzen. Dies beinhaltet, dass

- Möglichkeiten der novellierten NBauO zügig umgesetzt und genutzt werde,
- die Sanierung, Um- und Ausbauten im Bestand intensiviert und unterstützt werden,
- die Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete nicht weiter in unwirtschaftlichen Unterkünften erfolgen sollte,
- serielles Bauen gefördert werden sollte, ohne Räume für soziale Infrastruktur, Naherholung und Freiräume zu vernachlässigen.

Als niedersächsische SPD wir setzen uns dafür ein, dass die Förderungen im sozialen Wohnungsbau verlässlich sind und der Bund und die Länder die bestehende Förderkulisse aufrechterhalten und ausbauen. Nur damit kann sozialer Wohnungsbau gelingen.

Die SPD Niedersachsen steht an der Seite der Mieterinnen und Mieter und setzt sich für deren Schutz ein. Wir fordern den Bund auf, ausstehende Veränderungen beim Mietrecht alsbald vorzunehmen.

Des Weiteren ist das Vorkaufsrecht für Kommunen auszuweiten und die Enteignung und Vergesellschaftung brachliegender und vor sich hin gammelnder Schrottimmobilien zu vereinfachen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bildungspolitik

B1 - Bauliche und digitale Schulausstattung

Antragssteller: UB Osnabrück-Stadt

Beschluss: Erledigt durch Koalitionsvertrag

Die SPD Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, die Schulbaurichtlinie an baulichen und digitalen Anforderungen in Schulen und an zeitgemäßen pädagogischen Konzepten auszurichten.

Bauliche Ausstattungen:

- Funktionsräume zur Differenzierung, für Fachräume und Räume für Eltern-gespräche.
- Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte sowie Schüler*innen
- persönliche Arbeitsplätze für Lehrende

Digitale Ausstattungen:

- technische Wartung und Betreuung für die digitale Ausstattung schaffen,
- den Lehrenden Hardware bereitstellen,
- den Datenschutz gewährleisten,
- Fortbildungen für Lehrende anbieten,
- unabhängige Medienkonzerne nutzen und fördern
- die digitale Ausstattung an die pädagogischen Konzepte anpassen.

Begründung:

Die Aula ist wegen Einsturzgefahr gesperrt. Es regnet mal wieder durch das Flachdach. Schadstoffe, Feinstaub, Schimmel und Lärm verursachen gesundheitliche Beschwerden. Gutes Lernen aber braucht ein gesundes bauliches Umfeld. Die Beseitigung von offensichtlichen Bau-mängeln kann daher nur der Anfang sein!

Moderne Lernformen, der Ausbau von Ganztageseinrichtungen und Inklusion schaffen zusätzliche Anforderungen an Gebäude und Ausstattung. Allen Bildungsbeteiligten sollte Raum gegeben werden, sich weiterzuentwickeln. Dazu braucht es Lernorte für große, aber auch kleine Gruppen, für unterschiedliche Lernformen, Leseecken, Rückzugsmöglichkeiten und Aufenthaltsräume, aber auch Räume für alle Fachkräfte zur Vorbereitung, zum Austausch und zum Ausruhen. Und Ganztage kann nur mit einer Mensa klappen, die groß genug ist und gesundes Essen für alle anbietet. Er braucht ein spezielles Raumkonzept. So aber sieht die Realität aktuell leider nicht aus!

Nachholbedarf und Handlungsdruck bestehen bei der Digitalisierung genug. Sie muss vom pädagogischen Anspruch hergedacht werden: Nicht Laptops und Whiteboards um ihrer selbst willen sind die Lösung aller Probleme, sondern die Anschaffung der „Hardware“, die die moderne Pädagogik tatsächlich benötigt.

Die Bundesregierung hat 3,5 Mrd. Euro für ein Schulsanierungsprogramm und 5 Mrd. Euro für den „DigitalPakt Schule“ zur Verfügung gestellt. Dennoch hat sich der Sanierungs- und Investitionsstau bei Schulen und Weiterbildung laut der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nochmals vergrößert. Hier liegt er mittlerweile bei 47,7 Mrd., bei der Kleinkindbetreuung bei 7,6 Mrd. und den Hochschulen bei bis zu 50 Mrd. Die Kämmerer*innen in den Städten und Gemeinden raufen sich wegen der Herausforderungen die Haare.

Egal ob Unterhalt, Sanierung oder Neubau hat im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu gelten: Die Lernorte müssen sich den Anforderungen zeitgemäßer pädagogischer Konzepte anpassen!

Mehr Geld für Bildung! Sanierungsstau aufheben! Zeitgemäße Bildungsgebäude ermöglichen!

Quelle:

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2019_05_Flyer_Gebaeude_web.pdf

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/kinder-wuenschen-sich-modernere-architektur-und-ausstattung-ihrer-schule>

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-digital-sind-deutschlands-schulen>

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018_09_24_Ergebnisse_Mitgliederbefragung_Gebaeude.pdf

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018-09-24_Infografik-Mitgliederbefragung.pdf

B2 - Erhalt von Sprachlernklassen

Antragssteller: UB Oldenburg-Land

Beschluss: Erledigt durch Regierungshandeln

Wir beantragen den Erhalt von Sprachlernklassen an öffentlichen Schulen, um den Spracherwerb und die Integration von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in einem geschützten Rahmen zu fördern.

Begründung:

Deutschland ist ein Einwanderungsland und sollte eine Willkommenskultur bieten, welche die Integration in die Gesellschaft durch das gezielte Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht.

Die Abschaffung von Sprachlernklassen hat sich nicht bewährt. Der schnellste Weg zur Integration in einem fremden Land ist die Sprache. In einer Regelklasse haben die Kinder zwar mehr Kontakt untereinander, können aber den Unterrichtsinhalten nur selten oder gar nicht folgen. Die Teilnahme ist bezüglich des schnellen Erlernens einer Fremdsprache inklusive Schreibfertigkeit nicht zielführend und erschwert auch die Eingewöhnung in ein regelmäßiges Schulsystem, das besonders geflüchteten Kinder oft noch unbekannt ist. In einer Sprachlernklasse hingegen kann jedes Kind durch Erwerb des Grundwortschatzes individuell auf den später vorgesehenen Besuch einer Regelklasse vorbereitet werden, da der Spracherwerb im Vordergrund steht. Soziale Kontakte und weitere Sprachkenntnisse können bei der sukzessiven auszubauenden Teilnahme an Fächern wie Kunst, Musik, Sport und in den Pausen erworben werden.

B3 - Pflichtkurse zur Ersten Hilfe ab der weiterführenden Schule für alle Jahrgänge

Antragssteller: UB Oldenburg-Land

Beschluss: Erledigt durch Beschlusslage LPT 2018

Niedersachsen sollte für alle weiterführenden Schulen einmal im Jahr, mindestens aber alle zwei Jahre, einen Erste-Hilfe-Kurs für Schüler*innen anbieten. Dieser Kurs sollte für alle Schüler*innen verpflichtend sein.

Begründung:

Auch Jugendliche sollten in der Lage sein, die Grundkenntnisse der Ersten Hilfe im Notfall anwenden zu können. Viele junge Leute beschäftigen sich das erste Mal mit diesem Thema, wenn sie den Führerschein machen, was frühestens mit 17 Jahren der Fall ist. Daher wäre es wünschenswert, dass die Schulen durch eine externe (oder auch interne, vielleicht Sportlehrer*innen?) Lehrkraft mit den Schülern*innen einmal im Jahr, mindestens aber alle zwei Jahre, einen erste Hilfe Kurs in den Klassen aller Jahrgänge durchführen lassen. Damit das Interesse der Schüler*innen geweckt wird, sollte es sich dabei um eine Pflichtveranstaltung handeln.

B4 - Queere Bildung fördern

Antragssteller: UB Osnabrück-Stadt

Beschluss: Erledigt durch Regierungshandeln

Wir fordern die Aufklärung über verschiedene Formen von Sexualität und Geschlechtsidentitäten sowie eine nicht nur auf die Empfängnis fokussierte Verhütung und nicht-traditionelle Familienbilder in das Kerncurriculum des Sachunterrichts an Grundschulen aufzunehmen.

Begründung:

erfolgt mündlich

B5 - Homeschooling und Onlinekonferenzen als Ausbildungsinhalt der Lehrer*innen-Ausbildung

Antragssteller: Bezirk Weser-Ems

Beschluss: Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand der SPD Niedersachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung (hier. MK – Kultusministerium – und MWK – Wissenschaftsministerium) die Lehrkräfteausbildung, unter dem Aspekt des derzeitigen Homeschooling bzw. Distancelearning und Onlinekonferenzen, in den Fokus nimmt. Studierende und angehende Lehrkräfte müssen im Umgang mit der Hardware und der dazugehörigen Software entsprechend ausgebildet sein.

Dazu muss für die entsprechende Infrastruktur an den Hochschulen und Studienseminaren gesorgt werden, um den Studierenden sowie den angehenden Lehrkräften umgehend zielgerichtete Ausbildungsinhalte im Bereich der (verantwortungsvollen) Anwendung der digitalen Medien und dem Datenschutz vermitteln zu können. Hierzu sind in jedem Fach medienpädagogische und mediendidaktische Module in der Ausbildung vorzuhalten, um zu lernen, wie Unterricht mit digitalen Medien funktioniert.

Unabhängig von diesen Forderungen ist dafür Sorge zu tragen, dass für die bereits in Schule Tätigen die 10-Punkte-Agenda des MK umgehend umgesetzt wird.

B6 - Zukunftstag – dein Crashkurs fürs Leben

Antragssteller: Bezirk Weser-Ems

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass in Abschlussklassen der allgemeinbildenden Schulen und der berufsbildenden Schulen ein Projekttag „Zukunftstag - dein Crashkurs fürs Leben“ für Schülerinnen und Schüler regelmäßig durchgeführt wird. Die Kultusministerin wird gebeten die notwendigen Maßnahmen hierfür einzuleiten und die Schulen in der Durchführung zu unterstützen

B7 - Stärkung der Kompetenzzentren für Fortbildung

Antragssteller: Bezirk Weser-Ems

Beschluss: Annahme

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert die niedersächsischen Kompetenzzentren in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie setzt sich daher für eine auf Dauer verlässliche Finanzierung ein, damit die Aufgaben für die Fortbildung der an Schule Tätigen zuverlässig wahrgenommen werden können.

B8 - Verbesserung der Erzieher:innenausbildung

Antragssteller: Bezirk Weser-Ems

Beschluss: Erledigt durch Regierungshandeln

Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich schnellstmöglich für ein dualisiertes Ausbildungssystem für Erzieher*innen und sozialpädagogische Assistenzkräfte in Kindertagesstätten einzusetzen. Dadurch soll insbesondere die Zahlung einer Vergütung während der Ausbildungszeit sichergestellt werden. Die entstehenden Aufwendungen werden im Rahmen der Allgemeinen Finanzhilfe nach dem NKiTaG gefördert.

B9 - Verstetigung des Beratungs- und Bildungsangebotes für Migrant:innen

Antragssteller: UB Wesermarsch

Beschluss: Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

1. Die Landes-SPD setzt sich dafür ein, dass Beratungsangebote für Migrant:innen verstetigt werden, indem eine auskömmliche grundständige Finanzierung für die Träger bereitgestellt wird.

2. Die Landes-SPD setzt sich für einen langfristigen Ausbau der Bildungsangebote, insbesondere für den Erwerb von Sprachkenntnissen sowie einem Gesellschaftsunterricht, für Migrant:innen ein. Personal in der Erwachsenenbildung ist hierfür unbefristet nach TVÖD einzustellen. Zudem sollte überprüft werden, inwiefern die Qualifikationsanforderungen an das Lehrpersonal an die tatsächlichen Bedarfe angepasst werden können.

Diese Forderungen beziehen sich nicht nur auf Geflüchtete, sondern auf alle Migrant:innen – auch aus dem Schengenraum.

Begründung:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dies zeigt sich nur in den Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre, sondern auch im Zuzug aus Schengenländern und sog. Drittstaaten. Menschen die nach Deutschland kommen und hierbleiben wollen, muss schnell und nachhaltig ein dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werden. Der Schlüssel für eine dauerhafte Integration liegt in der Bildung und insbesondere in guten Sprachkenntnissen. Die hierfür vorhandenen Bildungsangebote sind allerdings hoffnungslos unterfinanziert und daher nicht ausreichend vorhanden. Die beruflichen Perspektiven für potentielle Lehrkräfte sind – wie in der gesamten Erwachsenenbildung – prekär. Eine schlechte Bezahlung und (Ketten-)Befristungen sind üblich. So überrascht es nicht, dass in einem ohnehin leergefegten Arbeitsmarkt im Bildungssektor das notwendige Personal fehlt. Diese Personalnot wird verstärkt durch einen hohen Qualifikationsanspruch an potenzielles Personal. Hier sollte geprüft werden, inwiefern solche Anforderungen, die bspw. von den Jobcentern vorgegeben werden, den tatsächlichen Notwendigkeiten entsprechen.

Dass Ehrenamtliche den umfangreichen Beratungsbedarf ankommender Menschen zu bewältigen versuchen ist bewundernswert und Bedarf unseres Dankes. Ehrenamt darf aber staatliche Pflichtaufgaben, auch in diesem Bereich, nicht ersetzen, sondern höchstens ergänzen und bereichern. Damit die zahlreichen Träger ihren Aufgaben noch besser und in hauptamtlichen Strukturen nachkommen können, bedarf es daher einer dauerhaften und verlässlichen Finanzierung ihrer Angebote.

Zahlreiche Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft aktuell durch den Krieg in der Ukraine gestellt wird, wurden in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 bereits angegangen, deren Finanzierung dann aber in den Folgejahren wieder eingestellt. Dies darf sich nicht wiederholen.

Die SPD setzt sich für Freiheit, Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft ein. Diese Werte garantieren Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Deutschland. Sie konstituieren sich durch eine breite Teilhabe – sie muss allen Menschen in Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

B10 - Klassenassistenz für alle niedersächsischen Grundschulklassen

Antragssteller: OV Wilhelmshaven-Süd

Beschluss: Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

Die Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass alle niedersächsischen Grundschulklassen eine beim Land Niedersachsen fest angestellte Klassenassistenz erhalten, damit die inklusive Beschulung aller Grundschul Kinder gewährleistet werden kann.

Begründung:

Bildung und Inklusion für alle Schülerinnen und Schüler in Grundschulklassen kann nur gelingen, wenn die Lehrkräfte im Unterricht durch eine qualifizierte Klassenassistenz unterstützt werden. Eine Assistenzkraft hilft Störungen des Unterrichtsalltags zu verringern und ein lernförderliches Miteinander der Kinder zu fördern. Darüber hinaus vermag sie sich einzelnen Kindern zuzuwenden, wenn es individuelle Probleme im Unterricht oder im schulischen Miteinander gibt.

B11 - Klassenassistenz an Grundschulen

Antragssteller: OV Gifhorn

Beschluss: Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

An allen Grundschulen in Niedersachsen soll zusätzlich zur Lehrkraft eine weitere pädagogisch ausgebildete Person in den Klassen eingesetzt werden, um so die Inklusion umzusetzen und alle Kinder in den Klassen nach dem jeweiligen persönlichen Bedarf zu fördern.

Begründung:

Die inklusive Beschulung aller Schülerinnen und Schüler mit einem vielfältigen Förderbedarf ist für eine Lehrkraft allein insbesondere in der Grundschule nicht zu schaffen. Kinder mit einem sozialen und emotionalen Förderbedarf benötigen häufig die volle Aufmerksamkeit einer Person. Das kann die Lehrkraft nicht leisten, wenn sie allein ist, z. B. „Weglauf-Kinder“. Die Alternative hierzu ist eine Schulbegleitung. Die Begleitung eines Kindes durch einen Erwachsenen stigmatisiert dieses Kind und kann zur Ausgrenzung führen. Es ist für die anderen Kinder in der Klasse nicht einsichtig, warum sich dieser Erwachsene nicht auch um die anderen Kinder kümmern darf.

B12 - Alle Kinder in Niedersachsen sollen lesen können - Bildungsverantwortung wahrnehmen und handeln!

Antragssteller: AfB Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

Das Land Niedersachsen soll Maßnahmen ergreifen, um die Leseleistungen der Kinder in niedersächsischen Grundschulen jährlich am Ende des 4. Schuljahres zu überprüfen, beginnend im Schuljahr 2024/2025. Die Ergebnisse sollen nach der Einführung des niedersächsischen Sozialindex zu einer Ressourcensteuerung führen, die Schulen mit besonders schwachen Leseleistungen besonders unterstützt.

Die Maßnahmen zur Lese-Testung, Ressourcensteuerung und Verbesserung der Lesefähigkeiten sollen umgehend und in enger Kooperation mit dem Niedersächsischen Kultusministerium, den Interessenvertretungen von Grundschulen und entsprechenden Fachwissenschaften entwickelt werden.

Für die Arbeit in den Grundschulen ist ebenso wichtig, dass gleichzeitig diagnostische Instrumente zur Überprüfung der Leseleistung in der 2. Jahrgangsstufe eingesetzt werden.

Begründung:

Die Internationale Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU) hat festgestellt, dass ca. 25 % aller Viertklässler nicht richtig lesen und Texte nicht gut genug verstehen können, besonders betroffen sind Schulen in sozialen Brennpunkten. Die Lebensperspektiven von Kindern, gerade aus sozial benachteiligten Familien, werden dadurch massiv beeinträchtigt.

Die SPD Niedersachsen als Partei für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit kann und will diese Situation nicht tatenlos hinnehmen. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben!

Bislang wird die Lesefähigkeit von Schülerinnen und Schülern im Unterricht in Niedersachsen nicht systematisch überprüft. In einem ersten Schritt muss dies geschehen. Die Ergebnisse müssen ausgewertet und Maßnahmen zur Verbesserung der Leseleistungen ergriffen werden, vor allem an den besonders betroffenen Grundschulen, aber auch im Vorschulbereich.

Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Grundschulen, dem Nds. Kultusministerium und ggf. den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung, Universitäten u.a. erforderlich. Die Ergebnisse der getroffenen Verbesserungsmaßnahmen (pädagogisch, personell, materiell, organisatorisch usw.) müssen jährlich kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden.

Ziel der SPD Niedersachsen ist es, dass alle Kinder in Niedersachsen spätestens am Ende der Grundschulzeit lesen können!

Dafür besteht eine gemeinsame Bildungsverantwortung für alle Kinder von Schulen, Kommunen und Land Niedersachsen. Diese Verantwortung muss gemeinsam, konkret, umgehend, aktiv handelnd, systematisch und nachhaltig wahrgenommen werden.

B13 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Weiterleitung als Material für die Landtagsfraktion

Der Zusatzbedarf für Ganztagsgrundschulen wird auch für Schulen, die nach 2004 als Ganztagsgrundschulen genehmigt wurden, auf mindestens 100 Prozent angehoben.

Begründung:

Nach 2004 genehmigte Ganztagsgrundschulen erhalten zur Zeit einen anteiligen ganztagspezifischen Zusatzbedarf in Höhe von lediglich 75 Prozent. Um die Qualität der Ganztagsgrundschulen aufrecht zu erhalten, den Kindern insbesondere eine qualitativ hochwertige, ganzheitliche Bildung zukommen zu lassen, wenn sie den größten Teil des Tages in der Schule verbringen, ist mindestens eine Finanzierung von 100% nach Klassenbildungserlass notwendig. Man könnte sogar über einen noch höheren Bedarf für Ganztagsgrundschulen nachdenken, da die Kinder und Jugendlichen bei solch einem langen Tag einen höheren Personalschlüssel als den von bspw. einer Person auf 26 Kinder, wie er in Grundschulen gilt, benötigen, um die für ihre soziale und persönliche Entwicklung notwendige, individuelle Unterstützung zu erhalten. Eine Person mit 26 Kindern im Grundschulalter kann beispielsweise im freien Spiel aus pädagogischer Sicht nahezu nur beaufsichtigen und sich nicht einzelnen Kindern individuell widmen, was insbesondere an langen Schultagen für die Entwicklung vieler Kinder notwendig wäre.

Link zu einem Berechnungsbeispiel des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen:

https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/ganztagsschule/ganztagzusatzbedarf_und_mittelbudget/ganztagzusatzbedarf-und-mittelbudget-197665.html

B14 - Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die Medienkompetenz der Bevölkerung wird durch entsprechende geeignete Maßnahmen gestärkt, insbesondere

- sollen öffentliche Kampagnen zur Förderung des sicheren und kritischen Umgangs mit Medien erfolgen und
- soll öffentlich aufgeklärt werden, wie auf medienkompetente Weise der Wahrheitsgehalt von Nachrichten überprüft werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich

B15 - Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Um den wachsenden Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den niedersächsischen Schulen gerecht werden zu können, fordern wir die Landesebene auf sich hinsichtlich der Schuleinrichtungen in ihrer Trägerschaft einzusetzen für folgenden Forderungskatalog:

- die Stellen für schulische Sozialarbeiter:innen in ganz Niedersachsen aufzustocken.
- die Sozialarbeit und andere schulische Unterstützungsmaßnahmen nach Sozialindex zu verteilen.
- perspektivisch jede Schule mit multiprofessionellen Fachkräften und Schulsozialarbeit auszustatten.
- sich aktiv gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen das Berufsfeld für Schulsozialarbeiter:innen in Niedersachsen attraktiv zu machen. Dazu kann einerseits die Erhöhung von Ausbildungskapazitäten in der sozialen Arbeit zählen. Andererseits gilt es aber auch zu erforschen, wie es gelingen kann, die Zufriedenheit der Fachkräfte zu erhöhen.
- in diesem Kontext auch die Maßnahmen für Demokratiebildung in Schulen massiv zu verstärken.

Begründung:

1 Beleidigungen, Handgreiflichkeiten, Mobbing, Bedrohungen, sexualisierte Gewalt, Schmierereien, Vandalismus und Respektlosigkeiten gegenüber Mitarbeiter:innen gehören an der IGS Stöcken, aber auch an vielen anderen Schulen in Niedersachsen zum Alltag. Nach der IGS Büssingweg hat sich jetzt auch die IGS Stöcken mit einem Brandbrief an die Landeshauptstadt Hannover und das Land Niedersachsen gewandt. Zur akuten Deeskalation der Situation fordern die Schulen einen Sicherheitsdienst für den Schulweg und die Pausen. Um langfristig eine Verbesserung der Situation erreichen zu können, wünschen sich die Lehrkräfte u.a. Schulungen im Umgang mit herausfordernden Schüler:innenverhalten. Völlig klar ist, dass Maßnahmen wie zusätzliche Sicherheitsdienste lediglich der Symptombekämpfung dienen, zumal diese Dienste ausreichend für den Umgang mit Schüler:innen geschult sein müssten, und die Ursachen der Probleme nicht angehen. Wichtig sind deshalb vor allem präventive Maßnahmen. Eine dieser Maßnahmen muss die bessere Versorgung aller niedersächsischen Schulen mit Schulsozialarbeiter:innen sein. Schwerpunkt der Schulsozialarbeit sind Maßnahmen, wie die Beratung von Schüler:innen, Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter:innen und Erziehungsberechtigten sowie die Netzwerkarbeit mit außerschulischen Partner:innen. Gleichzeitig fehlen aber genau diese Fachkräfte in der sozialen Arbeit deutschlandweit. Der Fachkräftemangel ist einer Studie von 2021 zufolge im Bereich der Sozialpädagogik am größten. Laut Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) betrug die sogenannte Fachkräftelücke 2021 bei Sozialpädagog:innen 18.300 Stellen.

B16 - Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die Bundestagsfraktion werden aufgerufen, mehr finanzielle Mittel für die Sprachförderung im vorschulischen Bereich zur Verfügung zu stellen. Die Bundestagsfraktion wird explizit aufgefordert, die gestrichene Bundesförderung für Sprachkitas für den Haushalt 2025 wieder einzubringen.

Begründung:

Die Effekte pädagogischer Investitionen sind nachweisbar am größten, wenn man sie im frühkindlichen Alter tätigt. Die Schuleingangsuntersuchungen in den letzten Jahren zeigen eine beunruhigende Entwicklung: Jedes sechste Kind hat inzwischen einen dezidierten Sprachförderbedarf. Im Rahmen der kitaeigenen alltagsintegrierten Sprachförderung kann dieser nicht aufgefangen werden.

„Immer mehr Vorschulkinder haben Sprachprobleme“ – so berichtete die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) am 9.1.2024 und berichtete über die Ergebnisse und alarmierenden Befunde aus den letzten Schuleingangsuntersuchungen: „Mehr als jedes sechste Kind im Vorschulalter hat demzufolge einen hohen oder sogar sehr hohen Sprachförderbedarf.“ Die Förder- oder Therapiebedürftigkeit der Kinder hat in den letzten Jahren stark zugenommen. In dieser Situation bricht durch das Auslaufen des Bundesprogramms zur Förderung von SprachKitas Mitte 2023 ein wichtiger Teil der Sprachförderung auf Bundesebene weg.

Die Zusicherung des Landes Niedersachsen einer dauerhaften Sicherung scheint mit großen Komplikationen verbunden zu sein. So heißt es: „Ein verzögerter Start der Landesförderung ohne Überbrückungshilfen, hohe Hürden bei der Qualifikation der benötigten Fachkraft und eine zugesicherte Finanzierung zunächst nur bis 2025 führten [...] aber dazu, dass aktuell nur zehn Sprach-Kitas im Rahmen der Ersatzrichtlinie des Landes weiterarbeiten. Gerade angesichts der

kontinuierlich steigenden Zahlen von Kindern mit Sprachproblemen sei es eine katastrophale Entscheidung der Bundesregierung gewesen, die Finanzierung für die Sprach-Kitas einzustellen, sagte Regionspräsident Steffen Krach (SPD)“

Die Region versucht nun im Rahmen einer erneuten Sprachförderinitiative hier gegenzusteuern. Rund 3,2 Millionen Euro sollen dafür im Regionshaushalt bis 2027 zur Verfügung gestellt werden. Das ist sicherlich zu begrüßen. Es kann aber nicht sein, dass die Region punktuell für die 16 Kommunen, für die sie im Kinder- und Jugendhilfebereich zuständig ist, solche Streichungen auf Bundes- bzw. Landesebene zu kompensieren versucht, während alle anderen damit „leben müssen“.

B17 - Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Ablehnung, da das Ziel weiterhin darin bestehen muss, schulpflichtige junge Menschen umgehend in einer Schule aufzunehmen und zu beschulen. Ggf. vorhandene Wartelisten müssen durch entsprechende zusätzliche Angebote abgebaut werden.

Die Landesebene wird aufgefordert, ein vorschulisches Lernangebot für schulpflichtige Neuzugewanderte zu schaffen, um den Kindern und Jugendlichen die deutsche Schule nahezubringen, erste Kenntnisse in der deutschen Sprache zu vermitteln und Lernmethoden probieren zu lassen, bevor sie entsprechend ihres Rechts auf Bildung einen Schulplatz erhalten.

Begründung:

In Deutschland und so auch in Niedersachsen kommen immer noch oder auch schon wieder viele junge Migrant:innen an, die untergebracht und beschult werden müssen. Beides steht ihnen rechtlich zu. Jedoch gelingt die Zuweisung nicht so schnell, wie es gewünscht und notwendig ist: Mitte Februar 2024 befinden sich rund 130 Schüler:innen auf Wartelisten für Schulplätze an BBSn, denen sie aufgrund ihres Alters (nicht aufgrund ihrer Wünsche und Neigungen) zugewiesen werden müssten. Die Kapazitäten sind jedoch beinahe erschöpft: Es fehlt an Lehrpersonal und Schulräumen. Das führt dazu, dass diese jungen Menschen in Einrichtungen der Jugendhilfe oder bei Verwandten ihre Zeit verbringen, statt in das Schulsystem eingebunden zu sein. Werden sie 18, fallen sie aus der Schulpflicht und damit aus einem wichtigen Integrationskatalysator. Das können wir als Sozialdemokrat:innen nicht gutheißen!

Das Land Niedersachsen braucht daher ein Angebot, bei dem die Jugendlichen gefordert sind, das Haus zu verlassen und sich unter Anleitung auf andere Menschen in einer anderen Umgebung einzulassen. Sie erlernen erste Grundlagen der deutschen Sprache, der Allgemeinbildung. Sie lernen das deutsche Bildungssystem kennen und erhalten sozialpädagogische Angebote, die sie in ihrer aktuellen besonderen Situation unterstützen können. Die Lehrkräfte erstellen darauf Prognosen zum zu erwartenden Lernzuwachs und möglicher beruflicher Interessen. Dieses Angebot ersetzt nicht die Schule, holt die Jugendlichen jedoch schon mal ab. Um möglichst viele junge Menschen erreichen zu können, sollen sie in Klassengrößen entsprechend „Sprache und Integration“ mit 14 Schüler:innen für mindestens zwei Unterrichtsstunden beschult werden. Als Unterrichtende können entsprechend des SPRINT-Projektes geeignete Personen auch ohne Lehrbefähigung eingestellt werden, dass von Daz/DaF-erfahrenen Lehrkräften unterstützt werden muss.

Als Ort eignen sich die möglichen zukünftigen Schulen im Nachmittagsbereich. Zu der Zeit stehen viele Klassenräume leer und somit zur Verfügung.

B18 - Einzügige Lehrerausbildung in Niedersachsen

Antragssteller: OV Gifhorn

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Um das Lehramtsstudium attraktiver zu gestalten, soll es für alle Lehrämter wieder eine einzügige Lehrerausbildung geben, sodass eine Bewerbung auf einen Masterstudienplatz nach dem Bachelor entfällt.

Begründung:

Es fehlt an Lehrkräften in allen Schulformen. Ein durchgehender Studiengang erleichtert die Entscheidung für ein Lehramtsstudium.

B19 OV Gifhorn - Zusätzliche Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen

Antragssteller: OV Gifhorn

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften für die Zukunft ist eine Erhöhung der Studienplätze für alle Lehrämter in Niedersachsen notwendig.

Begründung:

Um die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen in Zukunft sicherzustellen, ist es notwendig, mehr Lehrerinnen und Lehrer auszubilden.

B20 - Lehrkräftebildung auf die Füße stellen – neue Stufenlehrrerausbildung auf den Weg bringen

Antragssteller: AfB Niedersachsen

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Im Koalitionsvertrag der SPD geführten Landesregierung wird erneut die Stufenlehrrerausbildung als Ziel vorgegeben.

Die SPD-Landtagsfraktion wird daher aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

1. die Stufenlehrrerausbildung nach dem Modell 1. bis 6. Jahrgang und 5. bis 13. Jahrgang umgesetzt wird,
2. in den universitären Studiengängen verpflichtende Praxisanteile an den Schulen unter wissenschaftlicher Fragestellung bereits während des Bachelorstudienganges für alle Lehramt Studierenden vorgesehen sind,

3. im Masterstudiengang fächerorientierende und im Unterricht inhaltlich umgesetzte Praxisanteile unter wissenschaftlicher und fachdidaktischer Fragestellung für alle Lehramt Studierenden durchgeführt werden.
4. für eine duale Masterausbildung von Lehrkräften Maßnahmen zu ergreifen, um diese an Universitäten einzurichten, die den dualen Master durchführen wollen

Begründung:

Die veränderte Schulstruktur sowie die gleichwertige Tätigkeit von Lehrkräften an verschiedenen Schularten werden durch die gegenwärtige Struktur der Ausbildung an den Universitäten nicht mehr abgebildet. Zudem ist die Anwahl der Studiengänge für ein Lehramt an Haupt- oder Realschulen so verschwindend gering geworden, dass diese nur unzureichend inhaltlich an den Universitäten abgebildet werden können. Darüber hinaus müssen aufgrund der inklusiven Beschulung von Kindern Studienschwerpunkte auf Differenzierung und Integration gesetzt werden.

Seit langem werden die mangelnden Praxiskenntnisse in der unterrichtlichen Tätigkeit von Absolventinnen und Absolventen beklagt. Eine einfache Rezeptologie durch die Übernahme von Tipps ist hier nicht zielführend. Es bedarf bereits im Studium einer wissenschaftsorientierten Bearbeitung von Praxiserfahrungen. Nur so kann später Berufspraxis sinnvoll reflektiert werden. Der Polyvalenz des Bachelorstudienganges widerspricht dies nicht. Frühe wissenschaftlich angeleitete Praxiserfahrungen führen zudem zu einer bewussten Planung des Studiums.

B21 - Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler*innen in Niedersachsens Schulen

Antragssteller: OV Burgdorf

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Für die im Koalitionsvertrag vereinbarte „digitale Lernmittelfreiheit“ sollen zeitnah die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die an vielen Schulen bereits eingeführten bzw. beabsichtigten Belastungen je Kind durch von Eltern finanzierte Tablets ein Ende hat. Dazu bedarf es die Einführung des Digitalpaktes 2.0. und entsprechende Mittel des Bundes

Begründung:

Wir teilen die Auffassung unseres ehem. Kultusministers und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der SPD Hendrik Tonne, dass Tablets für alle Schüler:innen ein wichtiger Schritt zur Teilhabe sind. Im letzten Wahlkampf hat die SPD die „digitale Lernmittelfreiheit“ vehement gefordert und diese auch im Koalitionsvertrag wie folgt vereinbart: „Alle Schülerinnen und Schüler müssen unabhängig von finanziellen Voraussetzungen an der Bildung in der digitalen Welt teilhaben können. Deshalb werden wir schrittweise digitale Endgeräte zur Verfügung stellen, die Abläufe werden wir eng mit Schulen und Schulen abstimmen. In einem ersten Schritt betrifft das die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 8, in weiteren Schritten dann auch jüngere Schülerinnen und Schüler.“ Vor dem Hintergrund, dass es in Niedersachsen zunehmend Schulen gibt, die Eltern mit Kosten bis zu 920 € für ein Kind belasten (wollen), ist hier Eile geboten. Wir sollten hier anderen Bundesländern, die dieses bereits getan haben, folgen, damit Niedersachsen weiterhin ein Beispiel für gute zukunftsweisende Bildungspolitik sein kann.

B22 - Lernmittelfreiheit bedeutet Kostenfreiheit!

Antragssteller: KV Leer

Beschluss: Erledigt durch Beschlusslage

Das Ausleihen von Schulbüchern an niedersächsischen Schulen ist für alle Schülerinnen und Schüler unentgeltlich zu gestalten. Um eine echte Lernmittelfreiheit zu verwirklichen, sollen allen Schülerinnen und Schülern von der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe II sämtliche Lernmaterialien kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Es darf dabei keine finanzielle Mehrbelastung der schultragenden Kommunen entstehen.

Begründung:

Kostenfreie Bildung ist seit Ewigkeiten ein Kernanliegen der Sozialdemokratie. Nicht zuletzt im Landtagswahlkampf 2022 forderte die SPD Niedersachsen die digitale Lernmittelfreiheit und gewann damit die Wahl. Diese Forderung hat auch einen Sinn: In fast keinem Land auf der Welt, hängt der Bildungserfolg so vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Das ist ein Zustand, den die SPD nicht länger hinnehmen darf. Es ist deshalb richtig, dass durch die Bereitstellung von Tablets für alle Schüler*innen weitere Ungleichheiten im Bildungssystem verhindert werden sollen.

Die Digitalisierung der Lehre an niedersächsischen Schulen ist jedoch noch ein langer Prozess. Noch immer arbeiten die meisten Schulen mit den klassischen Schulbüchern. Auch dort galt jahrzehntelang die Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen. Die unentgeltliche Ausleihe von Schulbüchern wurde jedoch zum Schuljahr 2004/2005 in der schwarz-gelben Regierungszeit abgeschafft, sodass Schulen nun eine Gebühr von 33 bis 40 Prozent des Buchpreises für Einjahresbände bzw. 40 bis 60 Prozent des Buchpreises für Mehrjahresbände erheben können.

Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit bei Schulbüchern wurde eine weitere Hürde für gerechte Bildung aufgebaut. Für die SPD muss klar sein, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei zu gestalten ist, um Ungleichheiten abzubauen und allen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

B23 - Berufsorientierung ab der 8. Klasse

Antragssteller: KV Leer

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die verbindliche Einführung des Themenbereiches Berufsorientierung ab der 8. Klasse bis zur 10. Klasse in die Kerncurricula an allen allgemeinbildenden Schulen zeitnah umzusetzen.

Begründung:

Angesichts des Fachkräftemangels ist es erforderlich, im frühen Stadium der Bildungsbiografie den Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen, welche berufliche Vielfalt heutzutage auf dem Arbeitsmarkt besteht. Es ist zuzugeben, dass es immer wieder Forderungen nach Einführung von Schulfächern gibt, obwohl im Gegenzug die Lehrpläne nicht entschlackt werden. Doch ist die Einführung eines Unterrichtsfaches „Berufsorientierung“ aus mehreren Gründen zwingend erforderlich: Durch eine Be-

rufsausbildung können die Menschen Sicherheit für ihr späteres Leben erlangen. Noch immer starten zu wenig Schulabgängerinnen und -gänger aus allen Schulformen eine Ausbildung. Dabei gibt es an Haupt-, Real- oder Oberschulen positive Beispiele, wie berufliche Orientierung gelingen kann. Dies gilt es flächendeckend auf alle Schulformen auszuweiten.

Mittlerweile besuchen 43% der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs das Gymnasium. Doch nicht für alle dieser Schülerinnen und Schüler ist ein Studium, zu dem ein Abitur befähigen soll, der Ausbildungsweg, der den Neigungen dieser Schülerinnen und Schüler entspricht. Das wird schon durch eine Abbruchquote variierend nach Studiengang von knapp 40% (Universitäten), jedenfalls aber 25% (Fachhochschulen) deutlich. Eine fehlerhafte Steuerung der potenziellen Arbeitskräfte kann aber im Interesse der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht hingenommen werden. Insbesondere in den sozialen Berufen sowie im Handwerk fehlt eine Vielzahl an Arbeitskräften, die zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen des Pflegenotstandes und der Energiewende (als nur zwei von vielen Herausforderungen) unabweisbar sind.

Häufig ist den Schülerinnen und Schülern gar nicht bewusst, welche vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten bestehen. Dafür ist aber erforderlich, eine Auseinandersetzung mit diesen Feldern zu ermöglichen. Ab der 8. Klasse im Alter von 14 Jahren beginnt die Berufsorientierung. Eine Durchführung erst ab der 10. Klasse mit einem Pflichtpraktikum führt häufig dazu, dass schon die Vorentscheidung für ein Studium getroffen wird, ohne um die Möglichkeiten einer Ausbildung zu schätzen. Angesichts der hohen Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, kann nicht mehr nur davon gesprochen werden, dass Gymnasien nicht mehr nur zur Erreichung der Hochschulreife befähigen sollen, sondern sich verstärkt die Berufsorientierung zum Gegenstand haben sollen.

B24 - Mehr Erzieherinnen und Erzieher braucht das Land

Antragssteller: KV Grafschaft Bentheim

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Kindertagesstätten, die Kinder im Alter von 1-6 Jahren betreuen, sind wichtige Einrichtungen in der frühkindlichen Bildungslandschaft. Die Berufstätigkeit der Eltern stellt zudem hohe Anforderungen an flexible Öffnungszeiten dieser Bildungseinrichtungen.

Wir fordern:

- Zur Gewinnung von Erzieher:innen die Durchführung einer Informationskampagne zur besseren Aufklärung über die Möglichkeiten zur dualisierten und berufsbegleitenden Ausbildung an Fachschulen
- der Personalschlüssel Fachkraft Kind muss dringend verbessert werden; Gruppen sollten kleiner werden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden
- Verfügungszeiten müssen angepasst werden; eine entsprechende Nachbesserung des NKiTa-Gesetzes ist erforderlich

vom Kultusministerium sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um den Fachkräftemangel zu begegnen (Quereinsteigerprogramme u.ä.)

Begründung:

Die Corona Zeiten haben zusätzliche Probleme aufgeworfen: Isolation und emotionale Vereinsamung, Sorgen und Nöte in den Familien stellen die Kitas und Jugendeinrichtungen vor große Herausforderungen. Dies erfordert vielfältige Wege in der fachlichen Begleitung, um sensibel auf diese Bedingungen einzugehen. Auch die Integration von Migrantenkindern benötigt kontinuierliche Betreuung.

Das Berufsbild der Erzieher/innen hat jedoch im gesellschaftlichen Umfeld keine sehr hohe Wertschätzung. Die wichtigen Tätigkeiten und das Engagement in diesen Berufen wird nicht in ausreichendem Maße gewürdigt beklagen die Lernenden in den Fachschulen für Sozialpädagogik. Deshalb sind Aufklärungskampagnen wichtig. Auch die schlechtere Bezahlung während der Ausbildung im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen erschwert in ausreichendem Maße Neuzugänge.

B25 - Befristete Weiterführung der Förderschule „Lernen“

Antragssteller: UB Salzgitter

Beschluss: Ablehnung

Nach derzeitiger Gesetzeslage laufen die noch vorhandenen Standorte der Förderschule „Lernen“ spätestens 2028 aus, so dass ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 keine Fünftklässler/innen mehr aufgenommen werden können. Die von der SPD/CDU-Landesregierung 2017 vereinbarte Verlängerung dieses Förderschulschwerpunktes läuft somit ebenfalls aus.

Aktuell gibt es noch ca. 66 Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen in Niedersachsen, die sich auf 35 verschiedene Landkreise und kreisfreie Städte verteilen. Über 4.000 Kinder und Jugendliche werden in diesem System derzeit beschult.

Aus unserer Sicht ist es derzeit noch nicht sinnvoll, die Schulen mit diesem Förderschwerpunkt auslaufen zu lassen. Die Unterrichtsversorgung im Regelsystem ist aktuell unbefriedigend. Die Lehrkräfte sind dadurch und u.a. durch die heterogene Schülerschaft, diverse Förderbedarfe und Sprachdefizite von Schüler/innen oder durch einen erhöhten Bedarf für Elternsprache in erhöhtem Maße gefordert. Jedem Kind individuell gerecht zu werden, ist die Aufgabe und die Berufung unserer Lehrkräfte, aber auch insgesamt unseres Schulsystems. Diesem Anspruch gerecht zu werden, wird aber zunehmend herausfordernder.

Kinder und Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen brauchen ebenfalls eine gezielte individuelle Förderung und lösen einen erhöhten, wenn auch individuell unterschiedlich hohen Betreuungsbedarf aus. Dieses ist aktuell von den Schulen und ihrem Fachpersonal leider nicht überall leistbar.

Durch die Abschaffung der Förderschule LE würde den Schüler/innen und ihren Eltern bereits ab dem kommenden Schuljahr eine derzeit noch notwendige Alternative zur Beschulung im Regelsystem genommen.

Welche Möglichkeiten hätten dann künftig die Betroffenen, wenn sie an einer oder ggf. mehreren Schulen im Regelsystem nicht zurechtgekommen sind? Diese Frage müsste beantwortet werden, bevor die Auflösung vollzogen wird. Es kann nicht richtig sein, wenn aus der Not heraus ggf. versucht wird, sich andere Förderbedarfe bescheinigen zu lassen, um andere bestehende Förderschulen besuchen zu können.

Eine inklusive Schule ist weiterhin das richtige Ziel und sollte in Niedersachsen weiterverfolgt werden. Eine befristete Verlängerung des Bestands der Förderschule Lernen ist aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen allerdings geboten. In diesem Zeitraum sind die Unterrichtsversorgung und die weiteren Rahmenbedingungen im inklusiven System so weit zu verbessern, dass im Anschluss eine Reduzierung der Anzahl der Förderschulstandorte Lernen oder ihre gänzliche Auflösung möglich sein werden.

Wir fordern daher die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die befristete Fortführung der Förderschulen Lernen im Land Niedersachsen über 2028 hinaus einzusetzen.

B26 - Änderung des Niedersächsischen Klassenbildungserlasses nach der Corona-Pandemie

Antragssteller: AfB Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Die Klassengröße an weiterführenden Schulen kann in den Eingangsstufen in Jahrgang 5 und 6 wenn erforderlich, wegen erheblicher Corona-Nachwirkungen bei ehemaligen Grundschulkindern deutlich verkleinert werden, um Härten und Nachteile auszugleichen und eine Absenkung des Klassenteilers erfolgen.

Begründung:

- Soziale Isolation: Aktuell zeigen sich vor allem in den 5. Klassen große Probleme mit dem sozialen Miteinander. Viele Schülerinnen und Schüler haben während der Corona-Pandemie kaum oder keine Gelegenheit gehabt, ihre Freunde zu treffen und soziale Kontakte zu pflegen. Eine Absenkung des Klassenteilers würde es den Kindern in einem überschaubaren Rahmen ermöglichen, soziale Kontakte zu knüpfen, sich in der Schule mit Gleichaltrigen auszutauschen und somit die Regeln des Miteinanders zu lernen.

- Ängste und Sorgen: Viele Kinder haben während der Coronazeit Ängste und Sorgen entwickelt, zum Beispiel um ihre Gesundheit oder die ihrer Familienmitglieder. Eine Absenkung des Klassenteilers könnte dazu beitragen, dass sich die Kinder sicherer und wohler fühlen, weil sie besser wahrgenommen werden. Konzentrationsprobleme und ihre Auswirkungen auf Lernerfolge werden durch ein ruhigeres Lernklima minimiert und Sozialphobien vorgebeugt.

- Fehlende Struktur: Für viele Kinder war die Schule während der Corona-Pandemie die einzige Struktur im Alltag. Ein regelmäßiger Schulbesuch gibt Kindern Halt und Routine, was sich positiv auf ihr psychisches Wohlbefinden auswirken kann. Eine Absenkung des Klassenteilers könnte dazu beitragen, dass der Schulbesuch für die Kinder wieder attraktiver wird und sie sich auf die Schule freuen.

- Bessere Unterstützung: Durch eine Absenkung des Klassenteilers haben Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit, sich um die individuellen Bedürfnisse und Probleme der Kinder zu kümmern. Dadurch können psychische Probleme schneller erkannt und gezielter behandelt werden. Eine Absenkung des Klassenteilers und die damit verbundene bessere Betreuung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler kann dazu beitragen, dass diese langfristig erfolgreich und glücklich sind.

- Verbesserte Lernbedingungen: Eine geringere Schülerzahl pro Klasse ermöglicht es den Lehrern, sich besser auf die individuellen Bedürfnisse und Lernfortschritte der Schüler zu konzentrieren, was zu besseren Leistungen führen und insgesamt die Lernbedingungen verbessern kann.

- Gerechtere Bildungschancen: Eine Absenkung des Klassenteilers würde dazu beitragen, die Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu verbessern, die in großen Klassen untergebracht sind. Vor allem Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf, Migrations- oder Fluchterfahrung können mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung erfahren, wodurch ihre Integration erleichtert wird.

- Entlastung der Lehrkräfte: Eine geringere Schülerzahl pro Klasse würde die Arbeitsbelastung der Lehrer reduzieren und ihnen mehr Zeit geben, sich auf die individuellen Bedürfnisse und Lernfortschritte ihrer Schüler zu konzentrieren. Dies könnte dazu beitragen, den Beruf des Lehrers attraktiver zu machen und den Lehrermangel zu bekämpfen.

1 - Positive Auswirkungen auf die Gesellschaft: Eine bessere Bildung für alle Schülerinnen und Schüler kann zu einer höheren
2 Qualifikation und somit zu einer höheren Produktivität führen, was wiederum positive Auswirkungen auf die Gesellschaft
3 insgesamt haben kann.

6 **B27 - Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen**

8 **Antragssteller:** UB Salzgitter

9 **Beschluss:** Erledigt durch Koalitionsvertrag

10 Medienkompetenzen müssen in den Inhalten der Lehrpläne konkret festgehalten werden und Schulen an denen dies zurzeit
11 technisch nicht umsetzbar ist, müssen modernisiert werden.

12 **Begründung:**

13 Die Lebenswelt der SuS gestaltet sich zunehmend digitalisierter. Belegen lässt sich dies leicht, beispielsweise mit der Studie
14 „Jung und vernetzt“. Aus der Studie geht hervor, dass bereits 94% der 10 – 11-Jährigen täglich Zeit im Internet verbringen
15 und dieser Wert mit höherem Alter zunimmt (vgl. Bitkom 2015, S. 12). Ein ebenfalls für die politische Bildung interessanter
16 Wert ist, dass 70% der Befragten angaben, das Internet zur Informationsbeschaffung für die Schule und Hausaufgaben zu
17 verwenden. Außerdem gaben 34% der Befragten an, sich im Internet über Nachrichten und das aktuelle Geschehen zu infor-
18 mieren. Demgegenüber stehen die noch konservativ wirkenden Lehrpläne, bei denen in den konkreten Unterrichtsinhalten
19 die Medienkompetenzen kaum auftreten, obwohl der Umgang mit den Medien und eine Sensibilisierung für diese Medien in
20 der heutigen Zeit unbedingt zu den in der Schule vermittelten Kompetenzen gehören müssen.

Am Ende von Schuljahrgang 8:

	Sachkompetenz	Methodenkompetenz	Urteilskompetenz
	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...	Die Schülerinnen und Schüler ...
Politische Entscheidungsprozesse im Nahbereich	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Aufgaben der Kommunen und das Zusammenwirken von Organen der kommunalen Selbstverwaltung. 	<ul style="list-style-type: none"> arbeiten grundlegende Elemente des Politikzyklus anhand eines kommunalen Entscheidungsprozesses heraus. 	<ul style="list-style-type: none"> erörtern einen Entscheidungsprozess von kommunalen Institutionen.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Formen der kommunalen politischen Beteiligung (u.a. Wahlen, Bürgerbegehren und -entscheid). 		<ul style="list-style-type: none"> nehmen zu Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen Stellung.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Rahmenbedingungen kommunaler Haushaltspolitik. 		<ul style="list-style-type: none"> nehmen zu wirtschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten von Kommunen Stellung.
Konsumentscheidungen Jugendlicher	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Einkommensquellen und Möglichkeiten der Einkommensverwendung. 	<ul style="list-style-type: none"> erklären einen einfachen Wirtschaftskreislauf. 	<ul style="list-style-type: none"> überprüfen kriterienorientiert Konsumententscheidungen Jugendlicher auch im Hinblick auf soziale, ökonomische und ökologische Konsumrisiken.
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten Jugendlicher. 	<ul style="list-style-type: none"> erklären Marketingstrategien anhand von Werbung. 	
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben rechtliche Rahmenbedingungen für den Konsum Jugendlicher. 	<ul style="list-style-type: none"> ordnen einen jugendspezifischen Fall mithilfe von Gesetzestexten rechtlich ein. 	
	<ul style="list-style-type: none"> beschreiben Funktionen von Märkten und Preisen. 	<ul style="list-style-type: none"> erläutern die Preisbildung mithilfe des Marktmodells. 	<ul style="list-style-type: none"> überprüfen wesentliche Ergebnisse von Marktprozessen.

(Niedersächsisches Kultusministerium 2015, S. 14: http://db2.nibis.de/1db/cuvo/datei/pw_gym_si_kc_druck.pdf)

Abgebildet sind hier beispielhaft die Kompetenzen aus dem Fach Politik - Wirtschaft, die laut Kerncurriculum in den Schuljahrgängen 7 und 8 vermittelt werden sollen. Medienkompetenzen oder Medien im Allgemeinen werden bei den konkreten Inhalten mit keinem Wort erwähnt, trotzdem sich der Studie nach die SuS schon seit mehreren Jahren im Internet bewegen.

Neben der Ausweisung der Medienkompetenzen in den Unterrichtsinhalten muss in der Schule in diesem Zusammenhang auch die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit gängigen Office Programmen gewährleistet werden. Beim Übergang zur Hochschule oder in das Berufsleben ist die Arbeit mit diesen Programmen oft Voraussetzung. An der Hochschule werden alle Hausarbeiten mit „Microsoft Word“ geschrieben und Präsentationen finden in der Regel mit „Power - Point“ statt. An vielen Schulen scheitert es derzeit an den technischen Voraussetzungen, fehlender Software und ungeschultem Personal. Eine Ermittlung des technischen Standes der Schulen ist hier notwendig und damit einhergehend eine Nachbesserung an Schulen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

Werden die genannten Punkte nicht umgesetzt, besteht die Gefahr, dass die SuS aus Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich starke Nachteile haben werden.

B28 - Digitalisierung in Bildungseinrichtungen

Antragssteller: UB Salzgitter

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Digitalisierung in Bildungseinrichtungen ist ein Kernelement der sozialen Teilhabe an einer Gesellschaft, in der die Nutzung digitaler Medien zur Normalität geworden ist. Der Ausbau und die Förderung digitaler Bildung an Schulen ist eine Chance für Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien zu erwerben und auszubauen sowie für Lehrkräfte die heterogenen Schüler:innenschaft individuell zu fordern. Digitale Bildung steht somit für Fortschritt und Bildungsgerechtigkeit.

- Der Umgang mit digitalen Medien muss bereits in der Grundschule beginnen.
- Bereitstellung kostenfreier digitaler Geräte für Schüler*innen.
- Schüler:innen sollen ihre von der Schule kostenlos bereitgestellten digitalen Medien auch Zuhause nutzen dürfen. Dazu soll ein sogenannter „Schulmodus“ und ein sogenannter „Zuhause Modus“ eingeführt werden

B29 - Direkter Quereinstieg in den niedersächsischen Schuldienst: Verbesserung der berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen Qualifizierung

Antragssteller: AfB Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Der SPD-Landesparteitag fordert eine Überarbeitung der Regelungen für den direkten Quereinstieg in die Schule dahingehend, dass die entsprechenden Kolleg:innen überhaupt eine Chance erhalten, sich den Anforderungen des Lehrer:innenberufs entsprechend qualifizieren zu können. Insbesondere muss die Anzahl an eigenverantwortlich erteiltem Unterricht so weit reduziert werden, dass studienbedingt fehlende Kenntnisse in Pädagogik, Lernpsychologie und Fachdidaktik nachgeholt sowie deren Anwendung im Unterricht erlernt werden können. Sinnvoll für eine nachhaltige berufsbegleitende Qualifizierung wäre eine gestaffelte Anhebung des Unterrichts in eigener Verantwortung, die zunächst ermöglicht, fehlende Inhalte aus dem Studium im Studienseminar nachzuholen. Hierzu ist sowohl ein einheitlicher zeitlicher Beginn der Qualifizierungsmaßnahme als auch eine Verlängerung der Qualifizierungsmaßnahme auf 24 Monate notwendig, damit Studienseminare entsprechende Blöcke hierzu vorschalten können. Auch müsste die Möglichkeit im Unterricht von Kolleg:innen mitzugehen ebenso deutlich erhöht werden, wie die Anzahl der Beratungsbesuche durch Ausbilder:innen aus dem Studienseminar.

Begründung:

Aufgrund des aktuellen und in einigen Fächern und Schulen erheblichen Lehrer:innenmangels nimmt auch die Zahl der Lehrkräfte in einem direkten Quereinstieg in den Schuldienst zu. Diese beginnen unmittelbar mit einem vollen Stundendeputat und werden innerhalb der ersten 24 Monate an der Schule und an einem Studienseminar berufsbegleitend qualifiziert. Die hohe Zahl an Kolleg:innen, die den Schuldienst in den ersten Jahren wieder verlassen (die GEW spricht von etwa 50%) und auch die Klagen über mangelnde Unterrichtsqualität durch viele Schulleitungen belegen, dass die derzeitige Form der berufsbegleitenden Qualifizierung dringend verbessert werden muss.

Kolleg:innen im direkten Quereinstieg ins Lehramt beginnen nach bisheriger Regelung sofort mit einer Zahl an Unterrichtsstunden, die einer vollen Stelle entsprechen. Für die Dauer der 18-monatigen Qualifizierungsmaßnahme erhalten eine Stundentlastung im Umfang der der - im Studienseminar zu besuchenden - pädagogischen und fachdidaktischen Seminare. Zusätzlich ist vorgesehen, dass Ausbilder:innen des Studienseminars 3-4 mal den Unterricht besuchen und entsprechende Beratungshinweise geben. Als Voraussetzung aus dem Studium sind in der Regel keinerlei Kenntnisse zu Pädagogik, Lernpsychologie, Entwicklungspsychologie und Fachdidaktik vorhanden. Diese Inhalte neben einem vollen Stundendeputat – häufig ergänzt durch zusätzliche Aufgaben wie Klassenleitung und fachfremder Unterricht – nachzuarbeiten ist schlichtweg nicht möglich und führt nach dem Eindruck der Studienseminare und vieler Schulleitungen zu vollkommener Überforderung. Auch die Zahl der Beratungsbesuche ist viel zu gering, eine kontinuierliche Arbeit an der eigenen Qualifizierung im praktischen Bereich ist so mit den Ausbilder:innen der Studienseminare nicht möglich. Auch fehlt die Zeit, von der Expertise der Kolleg:innen an den Schulen zu lernen, da es weit über der Belastung einer vollen Stelle liegen würde, sich den Unterricht von Kolleg:innen als Modell anzusehen und eigene Stunden gemeinsam zu planen, durchzuführen und eine Rückmeldung dazu zu erhalten.

Stellt man diese Bedingungen denen einer grundständig ausgebildeten Lehrkraft (z. B. für das Lehramt an Gymnasien) gegenüber, wird deutlich, dass eine berufliche Professionalisierung unter diesen Umständen schlicht nicht möglich ist: Grundständig ausgebildete Lehrer:innen bringen aus dem Studium eine fundierte Kenntnis nicht nur fachlicher Inhalte, sondern auch in Pädagogik, Lernpsychologie, Entwicklungspsychologie und Fachdidaktik mit. Zudem haben sie in verschiedenen Praktika bereits Erfahrung als Lehrkraft im System Schule und dem praktischen Unterricht sammeln können und auch dazu Rückmeldungen erhalten. Beim direkten Quereinstieg ist davon nichts vorhanden. Grundständig ausgebildete Lehrkräfte erteilen im Vorbereitungsdienst etwa ein Viertel der Stundenzahl einer vollen Stelle in eigener Verantwortung. Sie haben also sehr viele Möglichkeiten im Unterricht von verschiedenen Kolleg:innen mitzugehen, deren Unterricht als Modell anzusehen, gemeinsam mit Ihnen Unterricht intensiv zu planen und unter deren Aufsicht durchzuführen und Rückmeldungen dazu zu erhalten. Zusätzlich gibt es etwa 20-25 Beratungsbesuche von Ausbilder:innen aus dem Studienseminar, in denen oft auch mit den Kolleg:innen vor Ort gemeinsam festgelegt wird, woran die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gerade in ihrer Professionalisierung arbeiten sollen. Beim direkten Quereinstieg gibt es nur 3-4 Beratungsbesuche von Ausbilder:innen des Studienseminars und eine Unterstützung durch Mentor:innen an den Schulen, die quantitativ durch die Menge des eigenen Unterrichts eingeschränkt ist.

Die Tatsache, dass die genannten Probleme nicht annähernd so stark bei Kolleg:innen im Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst auftreten, spricht dafür, die berufsbegleitende Qualifizierung möglichst dicht an den regulären Vorbereitungsdienst anzulehnen. Mittelfristig hätte eine Erhöhung der Unterrichtsqualität durch eine erhöhte Berufszufriedenheit und entsprechend geringerer Abbrecherquoten eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung zur Folge.

B30 - Schnelle Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen

Antragssteller: UB Verden

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Angehts des großen Arbeitskräftemangels in Deutschland müssen im Ausland gemachte Abschlüsse leichter anerkannt werden! Das gilt auch für Abschlüsse von Vertriebenen aus der Ukraine. Arbeiten zur Probe mit Supervision muss ermöglicht werden u. U. nach erfolgreichem Praktikum. Erfolgreich geleistete Arbeit muss somit honoriert werden und als Grundlage im Sinne eines Basiselements für eine Einstellung an der Arbeitsstelle angerechnet werden, an der sich die/derjenige bewährt hat.

Begründung:

Momentan werden Berufsabschlüsse aus der Ukraine nicht mehr in dem Maße anerkannt, wie zu Beginn des Krieges. Da in Deutschland ein großer Mangel an Arbeitskräften besteht, sollte mit der Genehmigung von Abschlüssen großzügiger verfahren werden. Probezeiten mit Supervision, Praktika sind Möglichkeiten, zu zeigen, dass die/der Ukrainer*in in dieser speziellen Arbeitsstelle ein Gewinn für den gesamten Betrieb ist. Das ist nicht nur für handwerkliche oder industrielle Betriebe, sondern auch für pädagogische Berufe ein Weg. Gerade im Kindertagesstätten-Bereich herrscht ein großer Fachkräftemangel. Menschen mit pädagogischen Ausbildungen und Abschlüssen, die in einem anderen Land erworben wurden, muss der Weg in den gelernten Beruf in Deutschland ohne große Bürokratie ermöglicht werden.

B31 - Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen

Antragssteller: UB Verden

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Über den Quereinstieg in den Lehrerberuf sind viele engagierte Lehrkräfte gewonnen worden. Jetzt gilt es sie mit attraktiveren Bedingungen zu motivieren, dabei zu bleiben. Teil dieser Bedingungen sind:

1. Die berufsbegleitende Ausbildung schließt mit einem Zertifikat ab, das Grundlage für weitere Qualifizierungen ist.
2. Als Weiterqualifizierung wird zum Beispiel auch eine mehrjährige erfolgreiche Klassenleitung anerkannt.
3. Für Seiteneinsteiger gibt es die Möglichkeit, durch Weiterqualifizierung auf die Stufe der „regulären Lehrkräfte“ zu kommen.
4. Für die Gewinnung weiterer Quereinsteiger/Siteneinsteiger gibt es
 - a. eine wohlwollende Anerkennung der geleisteten Ausbildungsqualifikationen.
 - b. eine Anerkennung der Berufserfahrungen.
5. In jedem Fall muss ausgeschlossen werden, dass Arbeitsverträge vor den Sommerferien gekündigt und nach den Sommerferien wiederaufgenommen werden.

Begründung:

An manchen Schulen sind mehr als 20% Quereinsteiger und Seiteneinsteiger. Sie haben eine vierwöchige Kündigungsfrist und können leicht nach Bremen abwandern. Dort gibt es ein ähnliches Quereinsteiger-Programm wie in Niedersachsen, die Bezahlung ist aber deutlich besser. Es besteht also die akute Gefahr, dass die engagierten, in den Schulalltag eingebundenen guten Lehrkräfte in einer großen Zahl abwandern. Viele überlegen so einen Schritt. Sie müssen keinen Versetzungsantrag stellen. Niedersachsen darf sich hier nicht verkalkulieren!

Hier gilt es attraktive Bedingungen zu schaffen, die die Leute motivieren an ihren Schulen zu bleiben.

- Bei der Anerkennung der Qualifikationen müssen auch Berufserfahrungen mit einfließen.
- Die Anerkennung der Ausbildungsqualifikationen muss transparent und wohlwollend erfolgen. Es kann nicht angehen, dass einer promovierten Historikerin das Fach Geschichte für den Unterricht in einer Oberschule nicht als erstes Fach anerkannt wird, nur, weil sie in ihrer ersten Uni Phase bestimmte Module nicht belegt hatte.

Motivation sieht anders aus!

Seiteneinsteiger:	Quereinsteiger	
es werden zwei Studienfächer anerkannt	Es wird nur ein Fach anerkannt	
es folgen Referendariat	eine berufsbegleitende Qualifizierung folgt höheres Stundendebutat etwas weniger kleine Unterrichtsbesuche	In der gleichen Situation Beide Ausbildungen sind ähnlich Quereinsteiger haben am Ende die Referendare beraten bei der kollegialen Beratung zwischen Quereinsteigern und Referendaren ging es um den Schulalltag (Elterngespräche, Umgang mit schwierigen Situationen usw.). Durch unser höheres Stundendebutat hatten wir da ein Mehr an Erfahrung.
Abschlussprüfung, Zertifikat	Kein Prüfungstag	Es ist nicht einzusehen, weshalb eine berufsbegleitende Qualifizierung ohne Zertifikat abschließt
Verbeamtung	Verbeamtung auch später nicht möglich	Verbeamtung sollte im Bereich des Möglichen sein, durch Weiterqualifikation, berufsbegleitend
Aufstiegsmöglichkeiten	Keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten	Weshalb sollten engagierte Quereinsteiger*innen nicht auch leitende Funktionen ausüben können?
Ein 25jähriger Berufsanfänger der die „normale Ausbildung“ durchlaufen hat, bekommt 1000€ mehr als ein Seiten-/Quereinsteiger	E 10 Bremen zahlt E 13 das sind monatlich 700€ mehr	
	Einer promovierten Historikerin wurde das Fach Geschichte als erstes Fach nicht anerkannt für den Unterricht in der OBS, weil sie bestimmte Module in der ersten Uniphase nicht belegt hatte .	Eine transparente, wohlwollende Anerkennung der Ausbildung ist angesichts des akuten Lehrkräftemangels unabdingbar
	Qualifizierung durch Berufserfahrung muss möglich sein: Auch bereits bei der Anerkennung der Voraussetzungen für die zu unterrichtenden Fächer	

1

2

3

B32 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung

Antragssteller: UB Region Hannover Niedersachsen

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die SPD in Niedersachsen setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Stärkung der Landes- bzw. Bundeszentrale für politische Bildung ein. Dazu fordern wir:

1. Die in den Koalitionsverträgen von Bund und Land vereinbarten Erhöhungen der finanziellen Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie für die Landeszentrale für politische Bildung konsequent und prioritär umzusetzen.
2. Die Bundes- und Landeszentralen langfristig finanziell abzusichern.
3. Innovative Bildungsprojekte durch die Schaffung von zusätzlichen Ressourcen zu fördern und den digitalen Wandel in der politischen Bildung voranzutreiben.

Begründung:

Politische Bildung ist das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Sie ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, informierte Entscheidungen zu treffen, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen und Populismus und Extremismus entgegenzuwirken. Die Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) und die Landeszentralen für politische Bildung (LzpB) spielen hierbei eine entscheidende Rolle, indem sie Informationen bereitstellen, Veranstaltungen organisieren und Bildungsmaterialien entwickeln.

Insbesondere die zunehmende Verbreitung von Desinformationen, Hass und Hetze im Netz stellen die Demokratie und die Bundes- und Landeszentralen vor große Herausforderungen. Und nicht zuletzt knappe Kassen und eine angespannte Haushaltslage sorgen bei den Institutionen für zusätzliche Unsicherheit. Dabei ist die Sicherstellung einer flächendeckenden politischen Bildung und eines qualitativ hochwertigen Angebots durch die Bundes- und Landeszentralen gerade in diesen Zeiten unerlässlich.

Lasst uns die politische Bildung als eine Investition in die Zukunft unserer Demokratie betrachten. Durch eine Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung können wir sicherstellen, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft aufgeklärt, mündig und demokratisch bleibt.

Gleichstellungspolitik

GL1 – Änderung des § 20 NGG sowie Anpassung der übrigen §§ des NGG

Antragssteller: OV Meppen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Der Landesparteitag möge beschließen, dass eine Änderung des § 20 NGG angestrebt wird, wonach es allen Geschlechtern möglich wird zur/zum Gleichstellungsbeauftragten (m/w/d) gewählt zu werden.

Begründung:

Derzeit zielt § 20 NGG nur auf die Wahl einer weiblichen Gleichstellungsbeauftragten ab. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Nicht nur, dass hierbei die Geschlechter Diversität nicht berücksichtigt wird, stellt dabei ein Problem dar. Die Reduzierung auf nur ein biologisches Geschlecht erfüllt dabei praktisch den Tatbestand der Diskriminierung, da sich Trans- oder Non-binäre-Personen nicht automatisch angesprochen fühlen.

Zudem hat in vielen Arbeitsbereichen heutzutage ein deutlicher Wandel stattgefunden. Dabei gibt es zwischenzeitlich viele Gebiete, auf denen die Mehrzahl der Mitarbeitenden nicht zum cis-männlichen Geschlechts zu zählen ist. In diesen Gebieten wird es sich im Sinne der Gleichberechtigung sinnvoll gestalten, dass auch ein anderes Geschlecht die Position „Gleichstellungsbeauftragte/r“ innehat, oder die Ausschreibung geschlechtsneutral erfolgt.

Nach unserer Auffassung verbietet schon die Begrifflichkeit „Gleichstellung“, dass es anderen Geschlechtern nicht möglich ist, diese Position zu ergreifen.

GL2 – Unser Parlament wird weiblich! Frauen endlich nachhaltig empoweren!

Antragssteller: Jusos Niedersachsen

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Unsere Partei und unser Parlament müssen weiblich werden. Deswegen fordert der Landesparteitag nun eine zielgerichtete Umsetzung von Maßnahmen, die die Kette der bloßen Feststellung durchbrechen und wirklich Frauen innerhalb unserer Partei nachhaltig empoweren!

Wir fordern:

- Eine Fortführung des Mentoringprogramms für (junge) Frauen

In der Vergangenheit gab es bereits ein Mentoringprogramm für Frauen in unserer Partei, dass vor der Pandemie auslief. Im vergangenen Jahr wurde daraufhin eine Neuauflage des Programms entwickelt, in der bereits politisch aktive Parteimitglieder innerhalb der SPD Niedersachsen als Mentorinnen fungieren und Mentees einen Einblick in den politischen Alltag ermöglichen. Das laufende Programm soll regelmäßig vor Start eines neuen Durchlaufs evaluiert werden. Dabei sollen sich weiterhin alle niedersächsischen Arbeitsgemeinschaften beteiligen können, um das Konzept bestmöglich auszuarbeiten und wiederholte Fehler zu vermeiden. Für das Programm ist wichtig, dass Frauenförderung vor allem in den Wahlkreisen stattfindet. Durch das Mentoring Prinzip schaffen bereits politisch aktive Frauen einen Nachwuchs. Gleichzeitig erhalten Mentees ein Netzwerk, auf das sie aufbauen können. Denn wir wissen: Netzwerk ist Macht. Wir wollen sicherstellen, dass Frauen Zugang zu Politik und vor allem Zugang zu politischer Macht und Räumen haben. Es ist notwendig, dass ein sicheres Umfeld geschaffen wird, in dem ein fundierter Austausch zwischen den Mentor*innen und den Mentees ermöglicht wird. Wir wollen die nachgewiesenen Vorteile von Mentoringprogrammen nutzen und junge, mandatswillige Frauen ermutigen. Durch erste Einblicke in Netzwerke, Veranstaltungen und die politische Arbeit erfahren sie, was ein Mandat oder ein innerparteiliches Amt bedeutet und sammeln wertvolle Erfahrungen sowie Kontakte.

- ein exklusives Aufbauprogramm für potenzielle weibliche Kandidatinnen gefördert von der Landesebene

Schon lange werden für potenzielle Kandidat:innen verschiedene Seminare angeboten, die sie auf ihre Kandidatur vorbereiten sollen. Diese sind meist frei zugänglich und setzen die Eigeninitiative der Teilnehmenden voraus. Auf der anderen Seite stehen Unterbezirke und Wahlkreise, die verzweifelt nach geeigneten Frauen für Mandate suchen. Dass diese meist nur nicht

gesehen werden, weil Männer dominiert hervorstechen, wird dabei ignoriert. Außerdem neigen Frauen dazu, ihre Potenziale zu unterschätzen und lassen Männern den Vortritt, die in vielen Fällen objektiv maximal genauso gut geeignet sind.

Der Aufbau von Kandidierenden stellt für Unterbezirke einen großen Aufwand dar, den viele sowohl inhaltlich als auch zeitlich und organisatorisch kaum leisten können. Ein gezieltes Vorbereitungsprogramm exklusiv für Frauen würde einen enormen Anreiz geben, Frauen in freiwählenden Wahlkreisen kandidieren zu lassen. UB-Vorsitzende sollen Vorschlags- und Frauen ein Eigeninitiativrecht auf die Bewerbung für ein solches Programm erhalten. Vor Ort sollen sie in allen nötigen Inhalten, aber auch in Tools und Rhetorik geschult werden. So bereiten wir unsere Kandidat:innen auf den Wahlkampf und die Parlamentsarbeit vor und geben ihnen das notwendige Selbstbewusstsein. Nebenbei werden Unterbezirke in der Vorbereitung von Kandidatinnen entlastet und können sich darauf verlassen, eine gut vorbereitete, durch den Landesverband geschulte Kandidatin in den Wahlkampf schicken zu können. Außerdem stellen die Seminarveranstaltungen einen Schutzraum für engagierte Frauen dar, in dem sich Netzwerke bilden können und strukturelle, wiederkehrende Probleme aus den Wahlkreisen erfasst werden.

GL3 – Keine Ausreden – Parität jetzt!

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Wir wollen ein Paritätsgesetz in Niedersachsen. Wir fordern deshalb unsere SPD-Landtagsfraktion sowie den Minister für Gleichstellung auf, zeitnah die notwendige Änderung der niedersächsischen Verfassung anzustreben.

Begründung:

Bereits seit 2020 ist dies eine Forderung und ebenso steht es im nunmehr beschlossenen rot-grünen Koalitionsvertrag. Dass wir ein Paritätsgesetz brauchen, sehen wir nicht zuletzt daran, dass unsere Fraktion erneut nur etwa ein Drittel Frauen umfasst. Aber Wollen und fromme Wünsche allein reichen nicht!

Parität fängt bei uns selbst an. Dazu gehört für uns auch, dass wir Parität in unseren eigenen Reihen konsequent umsetzen – sei es bei Wahlaufstellungen oder in Gremien. Wir erwarten daher insbesondere von der Landespartei, dass sie mit gutem Beispiel vorangeht und sich nicht auf Formalausreden zurückzieht. Das heißt für uns, dass auch ein geschäftsführender Fraktionsvorstand quotiert gehört! An qualifizierten Frauen mangelt es uns nicht!

Wir wollen nicht mehr warten! Mehr Frauen in die Parlamente!

Innenpolitik

I1 – Unabhängige Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen

Antragssteller: UB Osnabrück-Stadt

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle im Land Niedersachsen.

Begründung:

Jeder Mensch, der in Deutschland wohnt beziehungsweise sich aufhält muss die Möglichkeit haben, im Sinne eines funktionierenden Rechtsstaats, Handlungen der Polizei von einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle überprüfen zu lassen. Nicht zuletzt durch das Fehlverhalten von Polizist*innen in verschiedenen Bundesländern innerhalb der letzten Jahre ist klar geworden, dass die Polizei ein strukturelles Problem mit Polizeigewalt, Rassismus und Rechtsextremismus hat, das kaum noch als latent bezeichnet werden kann. Diese strukturellen Probleme in der Polizei führen zu Fehlverhalten bzw. Straftaten, die bislang im Land Niedersachsen nicht unabhängig ermittelt und aufgeklärt werden können. Stattdessen ermitteln Polizist*innen gegen Polizist*innen. Dies unterminiert das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger*innen und der Polizei. Die besondere Position der Polizei als bewaffnete Ordnungshüter mit staatlichem Gewaltmonopol macht es nötig, das missbräuchliche Verhalten der Polizei unabhängig von polizeilichen Strukturen angezeigt und überprüft werden kann.

Nicht nur Bürger*innen müssen die Möglichkeit einer unabhängigen Beschwerde haben. Auch Polizisten, die Fehlverhalten anderer Polizist*innen erkennen und sich darüber beschweren möchten, müssen eine Institution außerhalb der Polizei haben, bei der sie dieses Fehlverhalten vorbringen können. Da, wo Polizei gegen Polizei ermittelt, ist aufgrund des Korpsgeist oder der sogenannten „Cops Culture“ einer unabhängigen Ermittlung nicht möglich. Die Polizeibeschwerdestelle muss unabhängig ermitteln können. Dazu soll sie räumlich von den Polizeidienststellen getrennt arbeiten und die Mitarbeiter sollen in keinem institutionellen oder hierarchischen Verhältnis zu den von der Beschwerde betroffenen Polizeibeamten stehen. Die Polizeibeschwerdestelle soll auch unabhängig von individuellen Beschwerden strukturelle Mängel bei der Polizei untersuchen können, die diskriminierendes Verhalten begünstigen. Die Polizeibeschwerdestelle ist eine unabhängige Ermittlungsstelle mit allen dafür nötigen Rechten wie Akteneinsicht, Beweiserhebung und Vernehmung von Zeugen.

I2 - Kampfmittelbeseitigung – Kostenübernahme von Vor- und Nebenarbeiten durch das Land Niedersachsen

Antragssteller: OV Neuenkirchen-Merzen-Voltlage

Beschluss: Annahme

Das Land Niedersachsen soll neben der bei der Beseitigung von Kampfmitteln anfallende Kosten, die der Abwehr einer unmittelbaren Gefahr dienen (die Kosten der tatsächlichen Bergung, der Entschärfung oder Sprengung, des Transports und der Vernichtung eines Kampfmittels) auch erforderliche Vor- und Nebenarbeiten tragen. Insbesondere soll hier das Abräumen von Gegenständen sowie deren Wiederherstellung oberhalb des Erdreichs eibegriffen sein. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Gesetze anzupassen.

Begründung:

Wenn man als Grundstückseigentümer Kampfmittel auf seinem Grundstück findet, müssen diese Funde sofort angezeigt werden, ansonsten macht man sich strafbar und setzt sich und andere Personen einer hohen Gefahr aus. Zu den Kampfmitteln gehört sämtliche zur Kriegsführung bestimmte Munition, insbesondere Bomben, Minen, Granaten, Spreng- und Zündmittel. Die Zuständigkeit liegt bei der Gemeinde, der Samtgemeinde und der Stadt sowie der nächstgelegenen Polizeidienststelle.

Grundsätzlich ergibt sich aus § 7 Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) die Verantwortlichkeit des Grundstückseigentümers. Daher werden die Kosten der Kampfmittelbeseitigung auf Liegenschaften, die sich im Eigentum des Bundes befinden, auch vom Bund selbst getragen.

Bei der Kampfmittelbeseitigung auf nicht bundeseigenen Liegenschaften trägt das Land aus Billigkeitsgründen die Kosten für die Entschärfung, die Bergung, den Transport und die Vernichtung alliierter Munition. Die Aufwendungen für ehemals reichseigene Fundmunition werden vom Bund im Rahmen der so genannten Staatspraxis grundsätzlich erstattet.

In Niedersachsen muss der Grundstückseigentümer die meisten Aufwendungen bei einer Bombenentschärfung wie z.B. Erd- und Rück- sowie Wiederaufbauarbeiten aus eigener Tasche zahlen. Das Land übernimmt nur die Kosten für die systematische Luftbildauswertung, für die Entschärfung oder Sprengung einer Bombe sowie für ihren Abtransport und ihre Vernichtung, nicht aber für die Vor- und Nacharbeiten.

Viele Kommunen haben jedoch entschieden, den betroffenen Bürgern zumindest nicht die Kosten für vorab erforderliche Sondierungsarbeiten aufzubürden. Dies erfolgt insbesondere im Zuge des derzeit voranschreitenden Breitbandausbaues. Müsste allerdings für eine spätere Bergung zum Beispiel eine Pflasterfläche aufgenommen oder gar das Grundwasser im Bereich des Fundortes abgesenkt werden, so zahlt das derzeit der Eigentümer.

I3 - Stellenausbau der Betroffenenberatung Niedersachsen

Antragssteller: UB Gifhorn

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Um das dringend nötige Angebot der Betroffenenberatung in unserer Region zu unterstützen, fordern wir deshalb einen Stellenausbau der Betroffenenberatung, um zu gewährleisten, dass zu jederzeit die Beratung von Betroffenen sichergestellt ist

Begründung:

Erfolgt ggf. mündlich.

I4 - Humanitärer Fonds in Niedersachsen – Ehrenamtlichen Einsatz in humanitären Krisengebieten stärken

Antragssteller: OV Vahrenheide/Sahlkamp

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

Für ehrenamtliche Hilfeinsätze im Rahmen von humanitären Krisen, etwa durch Krieg oder Naturkatastrophen, wird ein humanitärer Fonds in Niedersachsen errichtet. Arbeitnehmer:innen sind bei Genehmigung des Sonderurlaubes durch ihren Arbeitgeber berechtigt, den Ausfall des Arbeitsentgeltes für die Dauer ihres Hilfeinsatzes durch den humanitären Fond erstatten zu lassen.

Begründung:

Innerhalb weniger Monate haben uns zwei katastrophale Ereignisse erschüttert und in Europa zu tiefgreifenden humanitären Krisen geführt, etwa im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges oder durch das Erdbeben in der Türkei und Syrien mit Abermillionen Geflüchteten und Opfern. In solchen Notlagen und humanitären Krisen sind die betroffenen Länder auf internationale Hilfe und Solidarität angewiesen.

Hierbei engagieren sich auch in Niedersachsen Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiter:innen aus den Rettungsdiensten oder der Pflege in internationalen Hilfsorganisationen, die in Krisengebieten wichtige Hilfe für notleidende Menschen leisten. Dieses humanitäre bzw. ehrenamtliche Engagement ist derzeit nur dann möglich, wenn Arbeitnehmer:innen ihren gesetzlich festgeschriebenen Erholungsurlaub dafür aufwenden. Regelungen zur Freistellung mit Fortzahlungen des Arbeitsentgeltes bestehen derzeit für das Technische Hilfswerk (THW-Gesetz), nicht aber für ehrenamtliches bzw. humanitäres Engagement mit internationalen Hilfsorganisationen in Krisengebieten.

Das Land Niedersachsen errichtet daher einen humanitären Fonds, mit dem die Erstattung des Arbeitsentgeltes für die Dauer des Hilfeinsatzes ermöglicht wird, bei dem zuvor der Arbeitgeber den Sonderurlaub – und damit die Entbehrung der Arbeitskraft über eine bestimmte Dauer – genehmigt bzw. zugestimmt hat.

Mit der Errichtung des humanitären Fonds bekennt sich das Land Niedersachsen zu seiner Verantwortung in Krisengebieten und ermöglicht es (Fach-)Personal sich in humanitären Krisengebieten zu engagieren, ohne dafür ihren wichtigen Erholungsurlaub aufwenden zu müssen.

I5 - Krieg' ich deine Nummer?! - Vertrauen in die Polizeiarbeit stärken!

Antragssteller: Jusos Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

“Polizeibeamtinnen und -beamte [...] sind für unser Gemeinwesen tragende Stützen” - so steht es in der Norderneyer Erklärung, die Anfang März dieses Jahres von der SPD-Landtagsfraktion beschlossen wurde. Dort wird die besondere gesellschaftliche Rolle der Polizei betont, die auch in der Übertragung des staatlichen Gewaltmonopols Ausdruck findet. Doch diese besondere Rolle führte auch in der jüngeren Vergangenheit öfter zu Konflikten. Vielfach wird von Gewalt durch Einsatzkräfte an Demonstrant*innen, Besucher*innen von Sportveranstaltungen oder auch gänzlich Unbeteiligten berichtet. Ob es sich um Einzelfälle durch individuelles Fehlverhalten handelt, ist dabei zu oft nicht bekannt. Vielfach lassen sich die Beschuldigungen gegenüber Polizist*innen durch fehlende Identifizierbarkeit der einzelnen Beamt*innen nicht nachverfolgen.

Anzeigen gegen Unbekannt verstärken folgend die Tendenz, Einheiten oder die Polizei als Ganzes unter Generalverdacht zu stellen.

Schon im Koalitionsvertrag 2013 hat sich die rot-grüne Koalition deshalb auf die Einführung einer individualisierten Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen geeinigt. Eine Umsetzung dieses Entschlusses fehlt jedoch bis heute. Durch die im aktuellen Koalitionsvertrag niedergeschriebene Umsetzung der Kennzeichnungspflicht ist der Wille, diese bei geschlossenen Einsätzen der Polizei einzuführen, klar erkennbar. Auch von Seiten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International wird die Forderung nach der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht seit Jahren artikuliert. Amnesty International wirft dem Staat mit der Anonymität der Polizeikräfte einen Eingriff in die Menschenrechte vor. Dabei nennt die NGO in einem Positionspapier 2018 drei zentrale Gründe für die Kennzeichnung der Beamt*innen, die von weiteren Akteur*innen geteilt werden:

- Die Stärkung der Bürgernähe und der demokratischen Legitimation des Exekutivorgans Polizei
- Das stärkere Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Polizei
- Den Schutz vor falschen Anschuldigungen bei Polizeibeamt*innen selbst.

Hierbei wird klar, dass die Umsetzung der Kennzeichnungspflicht auch im Interesse der Polizei selbst ist! Die so geschaffene Transparenz und die Personifizierung von Beamt*innen kann somit das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit der Polizei stärken. Es ist unstrittig, dass dort, wo Menschen agieren, Fehler auftreten. Dieser Punkt gilt auch für unsere Polizeikräfte. Die gute Ausbildung, die Polizist*innen hier in Niedersachsen erfahren, ist nicht zuletzt auch auf die gute Arbeit der niedersächsischen SPD zurückzuführen. Jedoch schützt auch die beste Ausbildung nicht vor Fehlern in der eigenen Arbeitsweise. Individuelles Fehlverhalten kann besser identifiziert und sanktioniert werden, wenn durch eine Kennzeichnung das Einstellen von Strafverfahren gegen Polizeikräfte aufgrund einer fehlenden Identifizierung erschwert wird.

Durch das Übertragen und Ausüben des staatlichen Gewaltmonopols genießen unsere Polizist*innen großes Vertrauen, aber auch eine hohe Verantwortung. Ein Staat, der transparent und bürgernah ist, muss dieses Handeln nachvollziehbar gestalten und gesetzlich prüfbar machen. Dies gilt insbesondere für unsere Demokratie! Denn eins ist unstrittig: Unsere Polizist*innen, die sich an geltendes Recht und Gesetz halten, haben nichts zu verbergen!

Mit der bisher nicht umgesetzten Kennzeichnungspflicht steht das Land Niedersachsen aktuell in einer Reihe mit Bundesländern wie Bayern, Sachsen oder auch Nordrhein-Westfalen, wo die unter Rot-Grün eingeführte Kennzeichnungspflicht von der aktuellen schwarz-gelben Regierung wieder abgeschafft wurde. Niedersachsen schließt sich mit der aktuell nicht umgesetzten Kennzeichnungspflicht somit konservativ regierten Bundesländern an. Dies kann nicht unser Anspruch sein! Selbst in Baden-Württemberg wurde eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizeikräften zuletzt wiedereingeführt. Bereits existent ist diese Kennzeichnung in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Das Land Niedersachsen sollte daher endlich mit gutem Beispiel nachziehen und die Kennzeichnungspflicht für Polizeikräfte schnellstmöglich umsetzen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2022, welches die Rechtmäßigkeit der Kennzeichnungspflicht zuletzt bestätigte, sind auch die letzten rechtlichen Bedenken ausgeräumt. Daher fordern wir

- die schnelle, konsequente und zeitnahe Umsetzung der im Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Kennzeichnungspflicht von Polizeikräften in geschlossenen Einsätzen, wie es bereits im Koalitionsvertrag festgelegt ist.

Transparenz ist der Schlüssel für eine bürgernahe und vertrauenswürdige Polizei. Dennoch wissen wir momentan sehr wenig über Handlungen und Folgen dieser bei unseren Polizist*innen. Waffen sind im Polizeialltag nur die allerletzte und äußerste Maßnahme, weshalb es einer genauen Kontrolle des Einsatzes bedarf. Doch auch ohne den Einsatz von Waffen oder Schusswaffen kann die Polizei körperlich eingreifen. Über die körperlichen und psychischen Folgen von Verdächtigungen nach Festnahme durch die Polizei gibt es bisher kaum Informationen. Für eine bessere Transparenz und eine Aufklärung über die Folgen polizeilichen Einschreitens fordern wir:

- das Erstellen einer Statistik, inwiefern Folgeschäden (psychisch/physisch) nach Polizeieinsätzen auftreten, bzw. aufgetreten sind

Das Tragen von Bodycams soll die Transparenz der Polizeiarbeit erhöhen und den Einsatz im Nachhinein nachvollziehbar machen. Außerdem wird die Beweisaufnahme unterstützt. Nach derzeitigen Regeln, schalten die Einsatzkräfte diese Bodycams eigenständig manuell an oder müssen dies nach Aufforderung tun. Ob sie dieser Aufforderung im Zweifelsfall nachkommen, ist fraglich, wenn es um die Angst vor Sanktionierung des eigenen Verhaltens geht. Zum Schutz der Bürger*innen und zur Transparenz des polizeilichen Handelns sollten diese Bodycams im geschlossenen Einsatz dauerhaft aufnehmen. Gleichzeitig müssen diese Aufnahmen zentral gespeichert, von dritten, im besten Fall unabhängigen Organisationen geprüft und in regelmäßigen Abständen gelöscht werden, um dem Grundrecht nach informationeller Selbstbestimmung gerecht zu werden. Um polizeiliches Handeln nachvollziehbar zu machen und genaue Aufnahmen von Tathergängen zu erhalten, fordern wir:

- die durchgängige Aufzeichnung von Bodycams, ohne, dass diese durch Polizeikräfte an- und abgeschaltet werden können sowie eine unabhängige Auswertung und Speicherung der Daten

I6 - Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die Polizei kommt, mit anderen Organisationen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, dem wesentlichen Auftrag zum Schutz der demokratischen Gesellschaft nach. Um diesen Auftrag in Zeiten steigender Gefahren und Aggressionen so gut wie möglich wahrnehmen zu können, muss sie resilienter weiterentwickelt und aufgestellt werden.

Folgende, nicht abschließende Punkte bedürfen einer intensiven Betrachtung:

Ausstattung

- zeitgerechte und moderne persönliche Ausstattung der Beamtinnen und Beamten
- Abbau des Investitionsstaus der Liegenschaften der Polizei mit Blick auf einen energetischen Mindeststandard
- Modernisierung der Fahrzeugflotten
- Durch Straftaten erlangte Vermögenswerte werden wirkungsvoll abgeschöpft. Die zuständigen Behörden werden für ihre Aufgaben auskömmlich ausgestattet.

Personalgewinnung, Ausbildung

- Erhöhung der Attraktivität des Berufes durch u.a. finanzielle Anreize wie die Erhöhung der Polizeizulage und die Anhebung der Zulage für Dienste zu ungünstigen Zeiten
- Verstärkte Ausbildung/Einstellung von Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten und die Einsetzung von Polizeibeamtinnen und Beamten auf Vollzugsaufgaben
- Verstärkte Überführung von Tarifangestellten in die Verwaltungslaufbahn und Erhöhung der Attraktivität der Verwaltungsberufe in der Polizei.

Kriminalitätsbekämpfung

- Der Kriminalität im Internet muss Einhalt geboten werden, die personelle und Sachmittelausstattung in diesem Bereich erhöht werden. Zur Bearbeitung braucht die Polizei die klügsten Köpfe, die im Bereich IT ausgebildet sind.

Politische Bildung

- Fortsetzung und Verstärkung bestehender Konzepte für die politische Bildung angehender Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
- Förderung bestehender Konzepte, wie z.B. „Polizeischutz für die Demokratie“
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Konzepte; beispielsweise zu nennen sind Kampagnen der JUNGEN GRUPPE (GdP) wie „Der Eid ist meine DNA“ oder „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“

Zusammenarbeit

- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit insbesondere an Brennpunkten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit allen involvierten Akteuren, u.a. in der Sozialarbeit, in den kommunalen Ordnungsämtern, mit den kommunalen Verkehrsbetrieben, der kommunalen Suchtberatung, den Rettungsdiensten und den Feuerwehren.
- Weiterhin kooperative Einbeziehung der Fachexpertise der Gewerkschaften der Polizei insbesondere auch ihrer Haltung zum Schutz der Demokratie.

Begründung:

Seit Jahren erstarkt der Rechtsextremismus, sägen Akteure der „AfD“ an den Pfeilern der Demokratie und des Grundgesetzes. Ihnen konsequent alle Mittel der wehrhaften Demokratie entgegenzusetzen ist die Pflicht und das Selbstverständnis der niedersächsischen Polizei.

Mit ihrer Aufgabe, rund um die Uhr die Sicherheit und Freiheit von Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu gewährleisten, gehört die Polizei mit zur ersten Brandmauer gegen den sich immer mehr ausbreitenden Rechtsextremismus. Sie muss hierfür gestärkt werden. Mängel in der Personalausstattung, bei der Qualität der Arbeitsmittel und schlechten Karriereausichten führen zu Unzufriedenheit, zu erhöhtem Krankenstand und treiben die Kolleginnen und Kollegen in die Arme derer, die mit einfachen Antworten komplexe Frage beantworten.

Gute Arbeitsbedingungen und die Förderung innerbetrieblicher Beteiligungs- und Wertschätzungsstrukturen bei der Polizei sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Schutz der wehrhaften Demokratie in der Gesellschaft.

I7 - Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Zustimmung

Der Öffentliche Dienst startet eine Ermutigungskampagne für Bewerbungen auf allen staatlichen Ebenen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, indem

- Werbekampagnen gestartet werden, die insbesondere auch unterrepräsentierte, diverse Bevölkerungsgruppen sichtbar machen,
- PersonalerInnen entsprechend geschult werden,

- Diskriminierungsfreiheit sichergestellt wird
- und schon im Schulbereich auf die Variantenbreite von Beschäftigungen im Öffentlichen Dienst hingewiesen wird.

Begründung:

Auch im Öffentlichen Dienst sind bestimmte Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert. Ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen Ämtern auch im Öffentlichen Dienst ist sicherzustellen, dafür zu werben und dafür zu sorgen, dass alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeiten für Bewerbungen auch entsprechend nutzen.

I8 - Vollständige Aufhebung der Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen

Antragssteller: KV Emsland

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

Sexualstraftaten an Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen sollen nicht mehr der Verjährung unterliegen, die entsprechenden Verjährungsfristen sind vollständig aufzuheben.

Begründung:

Nach einer Gesetzesänderung im Januar 2015 ruht die Verjährung bei Sexualstraftaten u.a. an Kindern, Jugendlichen und Schutzbefohlenen nach § 78b StGB bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres des Opfers der Tat, anstatt wie zuvor nur bis zum 21. Lebensjahr.

Das bedeutet, dass die Verjährung bei (beispielsweise) einem sexuellen Missbrauch von Kindern nach § 176 Abs.1 StGB erst zu laufen beginnt, wenn das Opfer 30 Jahre alt geworden ist. Rechnet man nun die 20-jährige Verjährungsfrist hinzu, verjährt die Tat mit dem 50. Geburtstag des Opfers.

Die Gesetzesänderung im Jahr 2015 war eine deutliche Verbesserung der bis dahin geltenden Rechtslage, reicht aber letztendlich nicht aus.

Die Aufdeckung der Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche zeigt ebenso beispielhaft wie erschütternd, dass Opfer sexuellen Missbrauchs in der Regel Jahrzehnte brauchen, um über die schwerwiegenden Taten, die sie im Kindesalter erlitten haben, zu sprechen. Wenn Dinge, die man erlebt hat, nicht mehr aktiv verarbeitet werden können, weil das Kind noch jung ist, ein Missbrauch immer wieder vorkommt, Hilfe und Unterstützung nicht vorhanden sind oder keine altersgemäße Stressverarbeitung möglich ist, dann muss das Erlebte aus der Erinnerung und dem Bewusstsein verdrängt werden.

Missbrauchten Menschen, besonders Kindern und Jugendlichen, fällt es oft schwer, ihre Gefühle zu kontrollieren und in Worte zu fassen. Sie misstrauen anderen, haben eine sehr niedrige Frustrationstoleranz. Und es kann manchmal zu unvorhersehbaren Wutanfällen kommen oder sie richten ihre Wut gegen sich selbst (Haare ausreißen, Verbrennungen zufügen, Haut ritzen). Nicht selten weisen die Biografien der Betroffenen Depressionen, Angstzustände, Suchtkrankheiten bis hin zu Suiziden auf.

Im besten Fall erfolgt die Aufarbeitung der tiefen seelischen und psychischen Verletzungen im Rahmen einer Psychotherapie. Die Opfer des Missbrauchs erkennen, wegen des beschriebenen, unausweichlichen Verdrängungsmechanismus, erst sehr spät, wie groß die Verletzungen waren und wie gravierend sich das Trauma des Erlebten auf das eigene Leben ausgewirkt

1 hat. Aufgrund der Hoffnungslosigkeit der erlittenen Situation wird die Realität umgedeutet und die Person sucht nach Erklä-
2 rungen, die den Täter von Schuld befreien. Opfer leugnen hier oft die erlebte Gewalt und die eigene Verletzung und geben
3 sich selbst eine Mitverantwortung.

4 Daraus folgt, dass die notwendige aktive Auseinandersetzung mit dem Missbrauch erst sehr spät einsetzt, häufiger Anlass
5 für den Beginn einer Therapie ist eine akute Belastungsstörung, auch als Nervenzusammenbruch bekannt. Und häufig erken-
6 nen die in ihrer Kindheit missbrauchten Personen erst im Laufe dieser Therapie, dass die Schuld einzig beim Täter liegt. Erst
7 am Ende dieses langwierigen, unter Umständen mehrere Jahre dauernden Prozesses ist die betroffene Person gegebenen-
8 falls bereit und in der Lage, den Täter anzuzeigen. Trotz der in 2015 verlängerten Verjährungsfrist für sexuellen Missbrauch
9 ist es dann aber häufig zu spät, um den Missbrauch zur Anzeige zu bringen und den Täter zur Verantwortung zu ziehen. Die
10 Opfer werden bis an ihr Lebensende mit den Folgen des Missbrauchs zu kämpfen haben. Die Täter sollen dem gleichgestellt
11 sein und bis an ihr Lebensende der möglichen Strafverfolgung unterliegen.

14 I9 - NKomVG novellieren, Fraktionsstärke staffeln

16 **Antragssteller:** OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

17 **Beschluss:** Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

18 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, im Zuge der mit Bündnis 90/Die Grünen vereinbarten Novellierung des Nieder-
19 sächsischen Kommunalverfassungsgesetzes den § 57 (1) NKomVG dahingehend zu formulieren, dass die Stärke der Frakti-
20 onen oder Gruppen in den Vertretungen künftig gestaffelt nach Größe der Vertretung entsprechend der Zahl der Abgeordneten
21 (§ 46 NKomVG) erfolgt.

22 **Begründung:**

23 Während § 46 NKomVG sehr detailliert die Größe der Vertretungen nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner staffelt,
24 entbehrt § 57 (1) jeglicher Differenzierung. Die Einführung des d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens bei der Novellierung des
25 § 71 NKomVG (Ausschüsse der Vertretung) vor zwei Jahren hat die Landesregierung mit der „verstärkten Fragmentierung
26 der kommunalen Vertretung durch eine Zunahme der jeweils vertretenen Gruppierungen“ begründet wie auch mit der „Tatsa-
27 che, dass der organisatorische und finanzielle Aufwand für die Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen dadurch steigt“.

28 Hat die NKomVG-Novelle der genannten „Fragmentierung der kommunalen Vertretung“ bereits durch das neue Verfahren bei
29 der Ausschussbesetzung entgegengewirkt, so ist eine Differenzierung bei der Mindeststärke der Fraktionen entsprechend
30 der Größe der Vertretungen unterblieben, obwohl diese erheblich den „organisatorischen und finanziellen Aufwand“ für die
31 Vertretung und damit für die Kommunen insgesamt deutlich verringern würde.

32 Vielmehr lähmt die bisherige Regelung, wonach bereits zwei Abgeordnete einer Vertretung unabhängig von der Größe der
33 Vertretung eine Fraktion oder Gruppe bilden können, zunehmend vor allem die größeren kommunalen Vertretungen. Sie
34 erschwert bei der Vielzahl an Fraktionen die Mehrheitsbildung in den Vertretungen und strapaziert die Finanzen der betroffe-
35 nen Kommunen durch die Zuwächse an Fraktionen, da die Kommunen für die auskömmliche Ausstattung der Fraktionen zu
36 sorgen haben.

37 Möglich wäre eine Staffelung, die sich an die Geschäftsordnungen des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen
38 Landtages anlehnt, wonach mindestens fünf Prozent der Abgeordneten des Parlaments zur Bildung einer Fraktion notwendig
39 sein.

I10 - Sicherung des kommunalen Grundvermögens

Antragssteller: OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

Beschluss: Ablehnung

Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass das Land künftig den Erwerb kommunalen Grundvermögens bei der Haushaltsgenehmigung der Kommunen nicht mehr im Rahmen der Kreditobergrenzen anrechnen wird.

Damit leistet die SPD Niedersachsen einen wesentlichen Beitrag dazu, den Kommunen die Bevorratung von Flächen und damit eine aktive(re) Bodenpolitik zu ermöglichen.

Begründung:

Das Grundvermögen der Kommunen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sie vor allem mit Blick auf die Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau, für die Ansiedlung und Entwicklung von Gewerbe wie auch für die Entwicklung von Freiflächen im Sinne des Klimaschutzes und der Naherholung handlungsfähig bleiben. Deshalb brauchen die Kommunen Flächenvorräte, die ihnen eine aktive Bodenpolitik ermöglichen. Zugleich schaffen Investitionen in Grund und Boden stabile und auf absehbare Zeit wachsende Vermögenswerte.

I11 – Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie

Antragssteller: OV Gleichen

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Bürgernahe Behörden sind Teil einer gelebten Demokratie. Sie müssen sich dabei neuen Herausforderungen stellen und ihre Arbeit hieran ausrichten. Es bedarf einer leistungsstarken Mobilitätsbehörde, um diese Herausforderungen für Niedersachsen zu gestalten. Der SPD-Landesparteitag begrüßt und unterstützt den Weg der Niedersächsischen Landesregierung, die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zu einer Mobilitätsbehörde weiterzuentwickeln.

Begründung:

Nachgeordnete Landesbehörden veranlassen in ihrem Zuständigkeitsbereich Maßnahmen, die für den jeweiligen Umfang eine rechtlich einwandfreie Grundlage haben.

Mittelbar sind aber häufig Menschen betroffen, deren Individual- oder Gruppeninteressen in den jeweils geregelten Prozessen keine Berücksichtigung finden. Deutlich wird dies immer wieder am Beispiel und Verhalten der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, so jüngst im Raum Gleichen.

Sanierungsmaßnahmen an Straßen werden festgelegt und die Umsetzung wird terminiert. Die einzige Information für die betroffene Öffentlichkeit ist in der Regel die wenigen Tage vor Beginn der Maßnahme angeordnete Verkehrseinschränkung, in zunehmendem Maß eine Vollsperrung aus arbeitssicherheitstechnischen Gründen.

Die Folge ist Unverständnis und Protest der betroffenen Öffentlichkeit begleitet von der regionalen Presse und protestierenden Trittbrettfahrern. Ein Pressesprecher übernimmt die Kommunikation der Behörde. Die öffentliche Stimmung kippt langsam zulasten der Behörde. Am Sachverhalt und Vorgehen seitens dieser ändert sich aber nichts. Im Gegenteil wird mit dem Hinweis auf interbehördliche Abstimmung der Sachstand zementiert und der kritische Zugang Betroffener blockiert.

Solche auch in stärkerem Maße bei anderen Landesbehörden zu beobachtende Abläufe sind in keiner Weise zeitgemäß, sie untergraben vor allem das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in das Handeln des Staates und führen am Ende häufig zu innerlicher Abkehr und Zweifel am demokratischen Wesen.

Es geht ausdrücklich nicht um neue Bürgerbeteiligungsmodelle, sondern es geht um die die Entwicklung von zeitgemäßem bürgernahen Behördenhandeln.

I12 – Lehrgangsangebot für Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren ausbauen und stärken

Antragssteller: OV Vordorf

Beschluss: Annahme

Das Lehrgangsangebot für Führungskräfte in den Freiwilligen Feuerwehren soll den Bedarfen entsprechend ausgebaut, erweitert und gestärkt werden.

Begründung:

Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein essenzielles Fundament für den niedersächsischen Brand- und Katastrophenschutz. Ohne eine kontinuierliche Ausbildung von Führungskräften ist die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig beeinträchtigt. Nachwuchskräfte können schlichtweg nicht nachrücken, da Lehrgangsangebote fehlen.

Das Lehrgangsangebot und die Zuteilung von beispielsweise Truppführer, Gruppenführer und Zugführerlehrgängen an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz entspricht keineswegs den Bedarfen der örtlichen Feuerwehren. Hier muss dringend nachgebessert werden und das Angebot erweitert werden, damit alle Bedarfe gedeckt werden können. Vielen Ortsbrandmeister:innen sowie Jugend- und Kinderfeuerwehrwart:innen fehlen die erforderlichen Lehrgänge und werden mit Ausnahmegenehmigungen kommissarisch eingesetzt. Dieser Zustand entspricht nicht der Wertschätzung und Förderung sowie der Aufrechterhaltung des Ehrenamtes Feuerwehr.

I13 – Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung: Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten ermöglichen

Antragssteller: OV Göttingen-Nordost

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die Landtagsfraktion wird gebeten zu prüfen, die Nds. Kommunalverfassung zu verändern, sodass ein Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten als Mischform zugelassen werden können.

Alternativ soll es bei der Einführung von Stadtbezirksräten den Gemeinden und Räten ermöglicht werden, über die Größe und Gestalt der Grenzen von Stadtbezirken frei zu entscheiden.

Begründung:

Die Nds. Kommunalverfassung soll ein Nebeneinander von Ortsräten und Stadtbezirksräten in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern*innen als Mischform zulassen. In Niedersachsen ist dies im Unterschied zu anderen Bundesländern bisher nicht möglich.

Alternativ soll es bei der Einführung von Stadtbezirksräten den Gemeinden und Räten ermöglicht werden, über die Größe und Gestalt der Grenzen von Stadtbezirken frei zu entscheiden. Dadurch könnten die historisch gewachsenen Grenzen bestehender in der Bevölkerung verankerter Ortsräte in Stadtbezirksräte überführt werden und die bisher nicht durch eine Stadtteilvertretung vertretene Bevölkerung der Kernstädte bekäme ein Sprachrohr durch neue Stadtbezirksräte.

In weiten Teilen des Stadtgebietes Göttingen etwa sind für insgesamt 13 Göttinger Ortsteile neun Ortsräte für die Bürger/innen tätig. Die Geschichte der Göttinger Ortsteile und Ortsräte geht auf Eingemeindungsprozesse in den Jahren 1964 und 1973 zurück. Ortsräte vertreten die Interessen der Ortschaft und fördern deren positive Entwicklung innerhalb der Gemeinde.

Die Kernstadt Göttingens jedoch mit allein 55.000 Einwohner*innen wird nicht durch Ortsräte vertreten. Auch diese Einwohner*innen haben das berechnete Anliegen, ebenfalls durch eine Stadtteilvertretung repräsentiert zu werden. Nach der derzeitigen Rechtslage in § 90 NKomVG ist es nur möglich, die gesamte Stadt flächendeckend in Stadtbezirksräte aufzuteilen. Solche Stadtbezirksräte haben gegenüber den bestehenden Ortsräten sogar den Vorteil, dass sie auch initiativ tätig sein können.

Nach Auffassung des Nds. Innenministeriums müssen aber solche Stadtbezirksräte in etwa gleich groß geschnitten sein. Es ist also bisher nicht möglich, bei der flächendeckenden Einführung von Stadtbezirksräten die historisch gewachsenen Grenzen der bestehenden Ortsräte als Stadtbezirksräte zu übernehmen.

Heute liegen beispielsweise die Einwohnerzahlen von ca. 1.000 Einwohnern im Ortsteil Göttingen-Roringen mit eigenem Ortsrat bis 20.000 Einwohnern in Göttingen-Geismar mit eigenem Ortsrat weit auseinander. Bei einem freien Zuschnitt der Stadtbezirksgrenzen durch den Rat der Stadt könnten die Vorteile beider Systeme berücksichtigt werden. Hierzu ist die Nds. Kommunalverfassung entsprechend zu ändern.

Basisdemokratische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Verhinderung von Politikverdrossenheit wird in der aktiven Arbeit der Ortsräte vorgelebt. Bürokratische Regelungen in der Nds. Kommunalverfassung verhindern jedoch bisher eine notwendige Reform, die neben den bestehenden Ortsräten die übrigen Einwohner*innen der Stadt durch Stadtbezirksräte vertritt. Eine Änderung im § 90 NKomVG würde die Vorteile beider Systeme zusammenführen.

Die Bürger und Bürgerinnen, die heute in einem Ortsratsgebiet leben, sind politisch privilegiert, da sie ein politisches Sprachrohr haben, über eine Repräsentanz verfügen und über zusätzliche Haushaltsmittel für ihre Vereinsleben und ihr Gemeindegebiet verfügen. Gleiches Recht wird auch von den Einwohnern und Einwohnerinnen des übrigen Stadtgebietes berechtigterweise eingefordert.

I14 – Lokale Berichterstattung fördern

Antragssteller: KV Emsland

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die niedersächsische SPD soll sich an den zu erwartenden Beratungen zur Förderung der qualitätsvollen, flächendeckenden lokalen Berichterstattung unterstützend und konstruktiv beteiligen und auf die baldige Einführung wirkungsvoller Förderinstrumente hinwirken.

Begründung:

Der drastische Rückgang der lokalen Berichterstattung gibt zunehmend Anlass zu Besorgnis. Der Zusammenhang zwischen der Berichterstattung zu örtlichen Ereignissen, Veranstaltungen und kommunalpolitischen Entscheidungen und dem gesellschaftlichen und politischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger wird in zahlreichen Studien eindeutig belegt. Neben den drei Kernfunktionen Information, Meinungsbildung, Kontrollfunktion, die die Presse in demokratischen Gesellschaften erfüllt, ordnet die Journalismusforschung insbesondere der Lokalpresse weitere Funktionen zu. Darunter nicht zuletzt die Recherche, Aufbereitung und Bereitstellung von lokalen Geschehnissen und damit der Schaffung und Stärkung eines sozialen Gefüges beizutragen.

Das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in Auftrag gegebene Gutachten zur „Situation der Lokalpresse und ihre Herausforderungen im Zeitalter der Digitalisierung“ stellt im Rahmen der umfassenden Analyse fest, dass insbesondere der Lokal- und Regionaljournalismus sich in einer sich verschärfenden Krise befindet. Somit wäre zukünftig mit einer zunehmenden Marktkonzentration sowie mit weiteren Einsparungen in den Lokal- und Regionalredaktionen zu rechnen. Diese strukturellen Entwicklungen seien eine Bedrohung für die inhaltliche Vielfalt in der lokalen Berichterstattung.

Es steht also zu befürchten, dass nicht nur die Berichterstattung, sondern auch das Engagement der Menschen für ihre und in ihren Gemeinden einem weiteren Niedergang entgegengeht. Unter der allgemein gültigen, herrschenden Meinung, dass die Kommune die Keimzelle der Demokratie ist, so kann man diese Entwicklung auch als Bedrohung für unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung betrachten, der mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muss. Dazu gehört auch die direkte Presseförderung, die gezielt die lokale Berichterstattung adressieren soll. Zwingend muss dabei selbstverständlich beachtet werden, dass die Staatsferne und Unabhängigkeit der Presse durch die Förderung nicht beeinträchtigt werden. Die Förderung soll außerdem plattformneutral sein und in transparenter und differenzierter Form die diversen Erscheinungsformen wie Tageszeitungen, Anzeigenblätter aber auch rein digitale Angebote berücksichtigen.

In seiner Rede anlässlich der Medienpolitischen Stunde des 46. Kongresses Deutscher Lokalzeitungen am 01. Juni 2022 in Berlin, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an, sich im Besonderen für den Schutz des Lokaljournalismus und den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung mit regelmäßig erscheinender Presse einzusetzen. Die zu dem genannten Anlass angekündigte Prüfung, welche Fördermöglichkeiten geeignet und ob ein staatlicher Förderbedarf gerechtfertigt sein könnte, sollte inzwischen erfolgt sein.

Die niedersächsische SPD soll sich an den zu erwartenden Beratungen zur Förderung der qualitätsvollen, flächendeckenden lokalen Berichterstattung unterstützend und konstruktiv beteiligen und auf die baldige Einführung wirkungsvoller Förderinstrumente hinwirken.

I15 – Hilfsfonds für notleidende gemeinnützige soziale Organisationen

Antragssteller: OV Barnstorf

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für einen Fonds einzusetzen, der notleidende gemeinnützige Organisation mit Liquiditätshilfen unterstützt. In der aktuell angespannten Situation auf dem Fachkräftemarkt, stellen kurzfristige Finanzierungslücken eine Bedrohung für die langfristige Überlebensfähigkeit gemeinnütziger Organisationen dar. Durch den Verlust von hauptamtlichen Mitarbeiter/innen auf Grund von Finanzierungslücken, die aus dem Wechsel von Förderprogrammen oder des Fördermittelgebers resultieren, kann die Organisation als solche in ihrer Existenz bedroht sein.

Begründung

Gemeinnützige soziale Organisationen sind Netzwerke zwischen hilfsbedürftigen Menschen, ehrenamtlich engagierten Unterstützer/innen, Spendegeber/innen und kooperierenden Organisationen. Häufig werden hauptamtliche Mitarbeiter/innen

über projektabhängige Mittel finanziert. Laufen diese Projekte aus, droht der Organisation ein Verlust ihrer Funktionsfähigkeit, der im schlimmsten Fall das gesamte soziale Netzwerk zusammenbrechen lässt. Der strukturelle Wert von gemeinnützigen Organisationen für die Gesellschaft ist weitaus größer als die Lohnkosten ihrer Mitarbeiter/innen und/oder andere laufende Kosten der Organisation. Neben dem allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen würden die betroffenen Mitarbeiter/innen von einem gesicherten Arbeitsverhältnis profitieren. Der im Antrag genannte Fonds zielt dabei nicht auf eine perspektivlose Unterstützung ab, sondern soll insbesondere dann helfen, wenn eine zukünftige Finanzierung bereits absehbar gesichert ist. Beispielsweise erhalten die niedersächsischen Krebsberatungsstellen seit 2022 eine finanzielle Unterstützung durch das Land Niedersachsen. Eine finanzielle Lücke, die — trotz Zusage der Gesundheitsministerkonferenz — wegen fehlender Haushaltsmittel im Jahr 2021 entstanden ist, verursacht für viele Krebsberatungsstellen bis heute eine existenzielle Notlage.

I16 – Den 8. Mai als Feiertag anerkennen

Antragssteller: UB Verden

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Der SPD-Landesparteitag begrüßt die Initiative der Landesverbände von SPD und Grünen, die Einführung eines weiteren Feiertages im Land zu prüfen. Der SPD-Landesparteitag regt an: der 8. Mai, der Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, sollte Feiertag sein.

Begründung:

Demokratisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Sozialdemokraten, sind in den zwölf Jahren der NS-Diktatur von 1933 bis 1945 von der Gestapo verhaftet, gedemütigt und getötet worden. Diesen Menschen gilt es am Tag der Befreiung zu gedenken und Respekt zu zollen. Im europäischen Ausland hat der Tag der Befreiung teilweise einen hohen Stellenwert.

Drei geschichtsträchtige Daten stehen für einen weiteren Feiertag in Niedersachsen zur Diskussion und Prüfung. Wie schon vor einigen Jahren spricht sich die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins für den 8. Mai, den Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, aus.

Auch in der Tschechischen Republik und unserer Partnergemeinde Letovice ist der 8. Mai nationaler Feiertag. Schon seit Jahren wird an diesem Tag in Letovice, gemeinsam mit Sozialdemokraten aus Kirchlinteln und Letovice, der Opfer der NS-Diktatur gedacht. Warum nicht auch in Niedersachsen und Kirchlinteln?

Bereits im Januar 2018 sprach sich der SPD-Ortsvereinsvorstand für den 8. Mai als zusätzlichen Feiertag aus. Damals wurde argumentiert, dass an diesem Tag im Jahr 1945 die amerikanischen, russischen, britischen und französischen Soldaten die zwölfjährige Nazi Herrschaft im Deutschen Reich und den von den Nationalsozialisten angeführten Zweiten Weltkrieg beendeten.

I17 – Meldegesetz ändern

Antragssteller: OV Nordstemmen

Beschluss: Zustimmung und Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Meldegesetz zu ändern oder seine Auslegung zu überdenken, um die Weitergabe von Adressen für kommunale gesellschaftliche Veranstaltungen an OrtsbürgermeisterInnen zu ermöglichen

Begründung:

Für Veranstaltungen der Ortsräte haben wir in Nordstemmen früher Adressen der Zielgruppen bekommen, um Veranstaltungen durchzuführen. Jetzt bekommen wir die nicht mehr mit Verweis auf das Meldegesetz.

Gerade Seniorenveranstaltungen sind seitdem nicht mehr gut besucht, da diese Zielgruppe die direkte Ansprache braucht.

Bei einer einfachen Melderegisterauskunft darf die Meldebehörde aus dem Melderegister Auskunft über Familienname, Vorname, Doktorgrad, derzeitige Anschriften sowie ggf. Versterben anderer Einwohnerinnen und Einwohner geben. Die Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft ist zulässig, sofern die bzw. der Auskunftbegehrende erklärt, die Daten nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels zu verwenden.

Wenn das erlaubt ist, wieso soll dann die Auskunft an Ortsbürgermeister nicht erlaubt sein?

Jede betroffene Person hat das Recht, der Datenübermittlung von Seiten der Meldebehörde an Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen zu widersprechen. Ebenso kann der Datenübermittlungen zum Zweck der Ehrung von Alters- und Ehejubiläen sowie der Datenübermittlung an Adressbuchverlage widersprochen werden.

Wenn die betroffenen Personen dieses Recht nicht nutzen, sollte man doch davon ausgehen können, dass sie auch nichts dagegen hätten, wenn Ortsräte ihre Adresse zu Einladungen auf kommunaler Ebene nutzen.

Partei

P1 – Beschlussmonitoring für Parteitagsbeschlüsse

Antragssteller: Hannover Kleefeld-Heideviertel

Beschluss: Erledigt durch Anschaffung von OpenSlides als Antragstool durch den Parteivorstand

Die SPD Niedersachsen

- wird ein Beschlussmonitoring über die Beschlüsse der Landesparteitage einführen;
- wird sich auf Bundesebene durch einen entsprechenden Antrag an den Bundesparteitag für ein Beschlussmonitoring von Parteitagsbeschlüssen einsetzen, das für alle Ebenen (Unterbezirke, Bezirke, Landesverbände und Bund) verbindlich ist.

Das Beschlussmonitoring führt alle Parteibeschlüsse der jeweiligen Ebene auf und dokumentiert einmal jährlich die Umsetzung der Parteibeschlüsse.

Das Beschlussmonitoring ist öffentlich über die jeweilige Homepage der entsprechenden Gliederung einsehbar zu machen.

Begründung:

Die Dokumentation von Parteitagsbeschlüssen ist ein wesentlicher Bestandteil des Berichtswesens der Partei. Bislang fehlen jedoch sowohl eine durchgängige Dokumentation von Parteitagsbeschlüssen als auch eine Dokumentation ihrer Umsetzung.

Gerade dies ist aber wesentlich, um die Handlungskraft und den Gestaltungswillen der SPD zu dokumentieren und zu demonstrieren.

Zudem kann ein Beschlussmonitoring die Entwicklung und Beratung von Anträgen im Vorfeld von Parteitag vereinfachen, da bereits beschlossene und vor allem umgesetzte Anträge dann obsolet werden.

P2 – Historische Kommission für die niedersächsische SPD einsetzen

Antragssteller: OV Göttingen-Ost

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, die Einrichtung einer Historischen Kommission zu prüfen. Sie könnte beispielsweise folgende Aufgaben bekommen:

- Entwicklung eines mittelfristigen Programms, das die Geschichte der niedersächsischen SPD mit Veranstaltungen und Events vorstellt. Im Mittelpunkt sollte die SPD-Geschichte seit Gründung des Landes stehen,
- Vorschläge für Publikationen erarbeiten,
- Die Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine bei deren Jubiläen beraten.

P3 – Breitere Teilhabemöglichkeiten für engagierte Frauen

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die SPD in Niedersachsen setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern und Frauen ein. Wir fordern mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive Mitarbeit von Genossinnen strukturell zu unterstützen:

1. Wir ermutigen alle Beteiligten auf kommunaler Ebene, die mehrere Kommunalwahllisten aufstellen müssen, die Spitzenkandidaturen, also die Listenplätze 1, mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.
2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für Wahlkreise werden ausgebaut. Dazu gehören auch Maßnahmen wie das Mentoringprogramm und die Unterstützung für die Bildung von Netzwerken. Für die Landtagswahl geschieht das auf der Landesebene. Auf Positionen in Gremien der Partei und auf die Bundestagswahlen bereitet die Bezirksebene vor.
3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik nachvollziehen zu können, wird die parteiinterne Gleichstellungsberichterstattung der Bundes-SPD genutzt.
4. Wir ermutigen alle Beteiligten, bei Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Familienfreundlichkeit zu achten und mitunter auch im Video- oder hybriden Format durchzuführen
5. Wir begrüßen es, dass die Bundes-SPD ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt werden.
6. Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen, Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern.

Begründung:

Unsere Demokratie lebt davon, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, an Entscheidungsprozessen mitzugestalten. Seit jeher hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass Frauen gleichberechtigt aktives und passives Wahlrecht ausüben können. Gleichwohl ist es in der vergangenen Kommunalwahl und der Landtagswahl nicht gelungen, den Frauenanteil bei den Mandatsträgerinnen so zu steigern, dass SPD-Plätze nahezu paritätisch besetzt sind.

Im Schnitt sind nur unter 30 Prozent Frauen in Kommunalparlamenten Mandatsträgerinnen. Im neuen Landtag hat es die SPD nur geschafft, 31,6 Prozent ihrer Plätze mit Frauen zu besetzen. Dies muss sich ändern und dem Verfassungsbruch in Permanenz ein Ende gesetzt werden!

Die Rahmenbedingungen dafür, ein Mandat oder eine parteiinterne Funktion zu besetzen, müssen angepasst werden, um allen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Für Mandatsträgerinnen, die Sorgearbeit gegenüber ihren Kindern oder Angehörigen leisten und ggf. zusätzlich einen Beruf ausüben, sind die zeitlichen und organisatorischen Hemmschwellen teilweise sehr hoch, den Anforderungen an eine Mandatsträgerin gerecht zu werden. Erst recht, wenn sie alleinerziehend sind. Gerade Frauen trifft dies besonders, weil diese in Deutschland etwa 52,4 % mehr Sorgearbeit leisten als Männer (Zahlen des BMFSJ aus 2019 zum „Gender Care Gap“).

Zu den Rahmenbedingungen gehören Sitzungszeiten, die Beruf, Familie und Mandat im Blick behalten, die Möglichkeit der Online-Teilnahme an Sitzungen, Frauennetzwerke, Kinderbetreuung während der Sitzungen, eine Atmosphäre der Akzeptanz und eine Kultur des Verständnisses sowie Möglichkeiten der Unterstützung und Fortbildung. Diese Grundpfeiler sollten verbindlich werden. Gerade die Online-Teilnahme an Sitzungen ist für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat oder Funktion ohne große organisatorische Hürden zuträglich. Das hat die Pandemiesituation bereits gezeigt. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hat eine Änderung seiner Hauptsatzung nach § 64 NKomVG bereits umgesetzt. Dies sollte auch in anderen kommunalen Gebietskörperschaften ermöglicht werden.

Ein Mandatssharing, was Überlastungsspitzen vermeidet, ist im NKomVG bisher nicht vorgesehen. Möglichkeiten einer entsprechenden Gesetzesänderung sollten seitens der Landtagsfraktion geprüft werden. Darüber hinaus sollte es auch ermöglicht werden, dass sich Mandats- oder Funktionsträger:innen bei eigenen Redebeiträgen in Gremiensitzungen der Partei in familiär oder persönlich bedingten Notsituationen auch vertreten können lassen.

Gerade bei Alleinerziehenden kann dies ein wichtiger Punkt sein, aktiv an der Politikgestaltung teilzuhaben. Selbstverständlich ist die Vertraulichkeit von Einzelangelegenheiten hierbei zu berücksichtigen.

Beleidigungen, Bedrohungen und Herabsetzungen betreffen viele Politiker:innen und parteipolitische Engagierte. Von zunehmend feststellbaren sexualisierten Beleidigungen („catcalling“) und Antifeminismus sind aber vor allem Frauen betroffen, die daher von einer Kandidatur um Ämter Abstand nehmen. Daher wird dieser Aspekt im Kontext des Beschlusstext besonders betont. Wünschenswert ist gleichwohl ein umfassendes Schutzkonzept, das intersektional ansetzend alle Personengruppen, die aufgrund von Diversitätsmerkmalen oder des Umstands, dass sie Stereotypen nicht entsprechen, Anfeindungen ausgesetzt sind, im Schutzkonzept der Partei berücksichtigt werden.

Soziales & Gesundheit

SG1 - Umsetzung der Kindergrundsicherung

Antragssteller: AfB Niedersachsen

Beschluss: Annahme

1. Die SPD Niedersachsen spricht sich für die zügige Umsetzung der Kindergrundsicherung aus.
2. Die SPD Niedersachsen fordert die bedarfsgerechte Umsetzung des Vorhabens in den Haushaltsverhandlungen im Bund.
3. Die SPD Niedersachsen hält an flankierenden Maßnahmen fest, die über die Kindergrundsicherung als reine Zahlungen an die Eltern hinausgehen und Infrastrukturmaßnahmen wie, die Schaffung bundesweit guter und beitragsfreier Kitas, kostenlose Ganztagsangebote für Schulkinder und die kostenlose Nutzung von Bus und Bahn für alle Kinder zur Schaffung für mehr Chancengleichheit vorsehen.

Begründung:

Die Kindergrundsicherung ist eines der zentralen Projekte, zu denen sich diese Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet hat. Sie ist eine Chance sehr viele Kinder aus der Armut zu holen und ihnen die Teilhabe an unserer Gesellschaft und eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Es ist daher unerträglich dabei zuzusehen, wie Finanzminister Lindner dieses für uns als SPD so zentrale Projekt blockiert und wir an der Basis in eine Erklärungsnot gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern, den vielen Eltern in unserem Land, geraten.

Als Sozialdemokraten haben wir aber bereits erkannt, dass es mehr braucht als nur die bisherigen Leistungen an Eltern zu bündeln und haben daher ein eigenes, sehr gutes Konzept für die Kindergrundsicherung vorgelegt, in denen weitere flankierende Maßnahmen benannt werden.

Eine gute und beitragsfreie Kita ist hier genauso wichtig, wie ein bundesweiter kostenloser Nahverkehr für Kinder. Denn wir ermöglichen unseren Kindern nur dann echte Zukunftschancen, wenn wir auch in die Strukturen investieren, in denen sich Kinder außerhalb ihrer Familie aufhalten. Kostenfreie Angebotsstrukturen wie Schulesen, Lernförderung, digitale und analoge Lernmittel und die Teilhabe an den Angeboten von Vereinen und Organisationen im Rahmen des Ganztages geben Kindern die Chance, Ideale zu entwickeln, Vorbilder kennen zu lernen, Orientierung zu finden und sich frei zu entfalten.

SG2 - Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Familienzentren an Tageseinrichtungen für Kinder und an Grundschulen tragen mit ihren differenzierten niedrigschwelligen Angeboten im erheblichen Maße zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft bei. Daher fordern wir die Landesebene auf,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die erlebten bürokratischen Hürden zur Einrichtung dieses Angebots abgebaut werden,
2. angesichts der steigenden zunehmenden finanziellen Kosten die finanziellen Zuwendungen zu erhöhen,
3. eine landesweite Förderung unter Einbeziehung einer gesetzlichen Grundlage im Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege zu schaffen,
4. für den Betrieb der Familienzentren in Niedersachsen eine Definition zu finden, die Standards wie einheitliche Förderungen, Finanzierung, Personalschlüssel, sowie Fortbildungen für das Personal festlegt,
5. Familienzentren aus der bisherigen Zuordnung im Sozialministerium herauszulösen und dem Kultusministerium zu übertragen,
6. die Raumnutzung für externe Angebote unter Wahrung und Sicherung des Kinderschutzes zu gewährleisten.

Begründung:

Familienzentren sind Einrichtungen, in denen Eltern bei pädagogischen Fachkräften Rat suchen können. Sie sind an einer Kita oder eine Grundschule angedockt und stellen so ein niedrigschwelliges Angebot dar: Eltern können an dem Bildungsort ihrer Kinder noch verweilen und so miteinander und mit dem Personal ins Gespräch kommen. Mit diesem niedrigschwelligen Angebot gelingt es in Zusammenarbeit mit den sozialpädagogischen Fachkräften der Tageseinrichtungen, die in diesem Rahmen eine Vermittlerposition beider Angebotsformen für Familien wahrnehmen, Institution- und bildungsferne Familien bedarfsgerecht und situationsnah zu begleiten und sie für die Angebote der Familienzentren zu gewinnen. Über diesen Weg ist es möglich die Potenziale von Familien zu erkennen und zu stärken und Hilfen zur Selbsthilfe anzuleiten.

SG3 - Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Zustimmung und Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion und die Bundestagsfraktion

Die Mandatsträger:innen auf der Ebene des Bundes, des Landes und Europas setzen sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Frauenhauslandschaft und der mobilen Beratungen ein. Dazu gehört insbesondere die bedarfsgerechte Finanzierung der bestehenden Einrichtungen durch das Land Niedersachsen, den Bund und die EU.

Begründung:

Das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, die Deutschland mit Gesetz vom 17.07.2017 ratifiziert hat, verpflichtet alle staatlichen Ebenen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle gewaltbetroffenen Frauen vor weiteren Gewalttaten zu schützen und die entsprechenden Hilfsdienste sowie Schutzunterkünfte leicht zugänglich und in geeigneter Zahl zur Verfügung zu stellen.

Trotz der zwischenzeitlich unternommenen Bemühungen gibt es nach wie vor in Niedersachsen aber noch nicht ausreichend Frauenhausplätze, um die Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erfüllen. Gerade Einrichtungen wie das im Jahr 2020 eröffnete Frauenhaus24 in Hannover, das ad hoc rund um die Uhr gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder aufnimmt und in andere Frauenhäuser vermittelt, hat Not, alle Frauen und ihre Kinder in reguläre Frauenhausplätze zu

vermitteln und Frauen müssten teilweise sehr weite Entfernungen zu ihrem Wohnort hinnehmen, um (wenn überhaupt möglich) vermittelt werden zu können. Diese entfernte Unterbringung im Frauenhaus ist aufgrund der persönlichen Lebenssituation aber oft gar nicht möglich.

Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Prävention und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder leistet einen Beitrag zur Schließung der Lücken im Hilfesystem. Gerade aber durch gestiegene Mieten und Heizkosten sind die Frauenhauseinrichtungen in ihren Angeboten massiv bedroht und bedürfen weitergehender finanzieller Unterstützung. Dies kann nicht allein von den Kommunen getragen werden.

SG4 - Rentenerhöhungen mind. auf dem Niveau des Inflationsausgleichs

Antragssteller: OV Hannover Oststadt/Zoo

Beschluss: Ablehnung

Zur Stärkung der gesetzlichen Rente und des Vertrauens in ihre Kaufkraft soll im SGB VI eine Regelung verankert werden mit dem Inhalt, dass die jährlichen Rentenerhöhungen immer mindestens auf dem Niveau der jährlichen Inflation zu erfolgen haben.

Begründung:

Während sich die Inflationsrate im Juli 2021 in Deutschland auf 3,8 % belief und damit auf den höchsten Stand seit Jahrzehnten kletterte, im Jahresvergleich auf rund 3 %, fiel die zum 01.07. jeden Jahres üblicherweise stattfindende Rentenerhöhung im Jahr 2021 für die Rentnerinnen und Rentner in Westdeutschland komplett aus.

Für alle betroffenen Rentnerinnen und Rentner bedeutete dieser Ausfall einen erheblichen Verlust der Kaufkraft.

Mittlerweile hat die Inflation zwischenzeitlich zweistellige Werte erreicht, mit denen Realrentenverluste in beträchtlicher Höhe einhergehen. Um konjunkturelle und inflationsbedingte Herausforderungen gesellschaftlich nicht auf den Schultern der Rentnerinnen und Rentner abzuladen, ist diese Untergrenze erforderlich.

Um in Zukunft sicherzustellen, dass es nicht mehr zu Kaufkraftverlusten hinsichtlich der meist schwer erarbeiteten Renten kommt, bedarf es eines gesetzlichen Anspruchs.

SG5 - Katastrophenschutz im Ehrenamt stärken und attraktiver machen

Antragssteller: OV Samtgemeinde Ilmenau

Beschluss: Ablehnung

Der SPD-Landesparteitag beauftragt die Landtagsfraktion ein Konzept zu erarbeiten, um für das ehrenamtliche Engagement in der freiwilligen Feuerwehr Rentenpunkte zu vergeben.

Begründung:

Die Freiwillige Feuerwehr, der ehrenamtliche Rettungsdienst (DRK, ASB, JUH, Malteser) und andere Organisationen der Gefahrenabwehr (THW, DLRG) sind in Niedersachsen das Rückgrat der lokalen Gefahrenabwehr. In den allermeisten Fällen werden diese Arbeiten von Menschen im Ehrenamt geleistet. Sie investieren viel Freizeit in die Arbeit, bilden sich weiter und trainieren, um vielfältige Herausforderungen zu bewältigen.

Die Rente ist ein Solidarmodell, bei dem Generationen füreinander einzahlen. Dabei sollten aber auch besondere Verdienste für die Gemeinschaft berücksichtigt werden. Ziel des Konzepts soll es nicht sein, eine Rente für ehrenamtliche Katastrophenschützer:innen zu entwickeln, die niemals erwerbstätig waren. Aber es geht um eine gewisse Anerkennung der Gesellschaft für das Engagement.

Dabei ist das Engagement im Katastrophenschutz von besonderer Natur, die es gegenüber anderer ehrenamtlicher Arbeit hervorhebt. In diesem Ehrenamt sind die Menschen 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche alarmbereit. Der Schutz dient immer anderen Menschen und dafür begeben sich Katastrophenschützer:innen selbst in Gefahr. Dies sollte der Gesellschaft, konkret der Rentenversicherung, eine Anerkennung wert sein.

Eine Finanzierung dieser Maßnahme könnte in der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung bestehen.

SG6 - Förderung eines Teleneurologie-Netzwerk-Projektes

Antragssteller: OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die SPD Niedersachsen setzt sich ein für die Schaffung eines niedersachsenweiten Teleneurologie-Netzwerks zur Sicherstellung der Schlaganfallbehandlung, insbesondere in Landkreisen und Krankenhäusern ohne eigene neurologische Fachabteilung, ein.

Begründung:

Der Schlaganfall stellt in Niedersachsen eine der häufigsten Todesursachen und die häufigste Ursache von bleibender Behinderung dar. Durch Schlaganfälle kommen auf die Betroffenen wie auch auf unsere Gesellschaft hohe direkte und indirekte Kosten zu. Aktuell besteht für Bürger*innen in vielen Regionen Niedersachsens durch eine fehlende neurologische Expertise zur Behandlung von Schlaganfällen eine Versorgungslücke.

Die Lösung dieses Problems liegt in der Gründung eines landesweiten telemedizinischen Netzwerks der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Diese besitzt bereits eine langjährige Expertise in der Anwendung teleneurologischer Konzepte für den Schlaganfallbereich, inklusive Patientenuntersuchung per Videokonferenz rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Ziel ist es, die Patienten mehrheitlich heimatnah weiter zu versorgen. Mit der Teleneurologie als Lotsenfunktion ist es möglich, für schwere Formen des Schlaganfalls eine sofortige Weiterverlegung in ein spezialisiertes Schlaganfallzentrum bzw. ein sogenanntes neurointerventionelles Zentrum zu gewährleisten, das eine Komplexbehandlung durch Intervention und/oder Operation vorhält.

Der telemedizinische Lösungsansatz ist nicht nur kostengünstig, sondern passt auch zum Digitalisierungskonzept des Landes. Bestehende Versorgungsstrukturen, aber auch die aktuellen Beschlüsse zu den Versorgungskonzepten der Krankenhäuser werden durch kontrollierte Zuweisung nicht nur berücksichtigt, sondern bestärkt. Zur Verwirklichung des Konzeptes und Sicherstellung der Schlaganfallversorgung in allen an der Notfallversorgung des Schlaganfalls teilnehmenden niedersächsischen Kliniken wird eine Anschubfinanzierung des Landes sowie die anschließende Übernahme der durch Zentralisierung verdichteten Personalkosten im Bereitschaftsdienstmodell durch die Krankenkassen benötigt.

Zusammenfassend stellt die Teleneurologie eine sichere sowie wenig personalintensive Lösung dar. Aus diesem Grunde soll die SPD Niedersachsen sich für die Förderung dieses Projektes einsetzen.

SG7 - Patientensicherheit gemeinsam systematisch implementieren und kontinuierlich in Niedersachsen verbessern

Antragssteller: OV Hannover Kleefeld-Heideviertel

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein,

1. die Patientensicherheit im Gesundheitswesen in Niedersachsen weiter zu stärken
2. eine landesweite abgestimmte Strategie und Ziele zu definieren, zugleich aber eine Anpassung an das jeweilige Profil und die jeweilige Expertise der Einrichtungen des Gesundheitswesens zu ermöglichen,
3. die Einrichtungen des Gesundheitswesens bei der Administration und Organisation von Patientensicherheit zu unterstützen,
4. für alle Mitarbeitende der Patientensicherheit Qualifikationen sowie die gemeinsame und gegenseitige Beratung und Austausch zu ermöglichen und niederschwellig anzubieten,

Begründung:

Um die Patientensicherheit in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens in Niedersachsen zu implementieren und umzusetzen, soll Patientensicherheit als eigene Disziplin deklariert und in einer landesweiten Strategie hinterlegt werden. Diese Strategie soll an die Profile und Expertisen der Einrichtungen angepasst sein und die Administration und Organisation von Patientensicherheit unterstützen. Zur Erhöhung der Patientensicherheit sind entsprechende Qualifikationen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen anzubieten und die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen.

Jede Einrichtung des Gesundheitswesens hat inzwischen unterschiedliche Methoden, Strukturen, Prozesse und Ressourcen zur Patientensicherheit implementiert und leitet verschiedene Aktivitäten zur Verbesserung der Patientensicherheit ein. Hierbei müssen Ressourcen und Aktivitäten optimal abgestimmt sein. Leider fehlt oft eine klare Strategie, und/oder die Methoden, Prozesse sowie Strukturen werden nicht synergistisch eingesetzt, die verfügbaren Ressourcen nicht optimal genutzt. Auch unterscheiden sich häufig die Qualifikationen der Zuständigen, die Akzeptanz sowie die Durchdringung der Methoden.

Somit wird in Sachen Patientensicherheit viel Aufwand betrieben ohne zielführende Ergebnisse zu erreichen.

Mit klarer, gemeinsamer und abgestimmter Strategie und Zielen sowie Koordination der vorhandenen Strukturen (Abteilungen/Stabsstellen/EDV/Methoden und Instrumente/Mitarbeitende) und Aktivitäten der verschiedenen Einrichtungen in Niedersachsen soll ermöglicht werden, ohne großen Mehraufwand einen Mehrwert für die Patientensicherheit der Bürger:innen (Patient:innen, Angehörigen, Mitarbeitenden) in der Behandlung zu erreichen.

Zwar sind in jeder Klinik Beschwerde-, Qualitäts-, Risikomanagement, Mortalitäts- und Morbiditätskonferenzen, Qualitätssicherung als Methode bzw. Instrumente auf eigene Motivation oder zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben vorhanden, werden aber oft nicht synergetisch eingesetzt, gerade wenn diese nur in einer Zuständigkeit liegen. Qualifikationen für die genannten Methoden fehlen häufig, weil diese kosten- und zeitintensiv sind. Fortbildungen werden oft von privaten Unternehmen (Beratungsfirmen, Kongressveranstalter) und zudem nicht vor Ort und nicht für das Gesundheitswesen angeboten (aus anderen Branchen), mit der Folge, dass eine Strategie nicht bekannt ist oder fehlt, weil wenig interne und freiwillige Schulungen stattfinden und das Thema Patientensicherheit von den Mitarbeitenden wenig durchdrungen oder akzeptiert wird. Dazu kommt, dass das gesamte Thema sich nur noch an die Mitarbeitenden des Klinikbereiches richtet, die Mitarbeitenden der Administration, Technik, Support usw. der Einrichtung kaum oder nicht eingebunden werden. So wird Patientensicherheit zu einer Aufgabe einiger weniger Berufsgruppen und nicht als Aufgabe aller Mitarbeitenden und der gesamten Einrichtung verstanden und praktiziert.

Ein Austausch der Aktivitäten einer Einrichtung mit anderen Einrichtungen findet nur selten statt, so dass andere Einrichtung des Gesundheitswesens kaum profitieren oder davon lernen können. Weil Systemfehler überall ähnlich passieren, die Ursache von vermeidbaren Schäden sind, können diese Fehler mit systemorientierten Lösungen reduziert oder vermieden werden. Dafür ist eine gemeinsame Strategie, entsprechende Pläne und ein Austausch für Niedersachsen abzustimmen und zu definieren.

Letztes Jahr stand weltweit die Patientensicherheit unter dem Thema „Medication Without Harm“. Solche Themen sind ideal, gemeinsam eine Verbesserung zu erarbeiten und die Einrichtungen evtl. sogar Kosten reduzierten.

Als Ziel sollte erreicht werden gemeinsam Strategien, Qualifikationen und Austausch in Abstimmung mit dem Ministerium unter einer gemeinsamen Disziplin zu definieren und zu koordinieren.

SG8 - Medizin-Studienplätze erhöhen

Antragssteller: OV Göttingen-Ost

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, die Zahl der Studienplätze für Medizin kontinuierlich zu erhöhen.

Begründung:

In der Bundesrepublik zeichnet sich ein außerordentlicher Ärztemangel, ab dem nur mit einer Steigerung der Studienplätze begegnet werden kann.

Die Vorausschau halten jährlich 5.000 zusätzliche Studienplätze in der Bundesrepublik für notwendig, da sonst ein Ärztemangel vor allem in ländlichen Regionen drohe. Bezogen auf die Größe Niedersachsens müsste die Steigerung ca. 500 Studienplätze jährlich betragen.

SG9 - Landesweites Ersthelfer-Benachrichtigungssystem

Antragssteller: OV Ottersberg

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Die Landtagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ein landesweites, appgestütztes Ersthelfer-Benachrichtigungssystem, ähnlich wie in den Niederlanden und in manchen Landkreisen Niedersachsens, in Niedersachsen einzuführen.

Die Delegierten des Landesparteirates mögen ein landesweites Ersthelfer-Benachrichtigungssystem beschließen. Dies alarmiert bei Notfällen z.B. bei Herz-Kreislauf-Infarkten, schweren Unfällen mit hoher Personenzahl oder bei Katastrophen mögliche qualifizierte ErsthelferInnen.

Begründung:

Bei verschiedenen zeitkritischen Notfallbildern ist es sehr wichtig, dass schnell, qualifiziert geholfen werden kann. Beim Herz-Kreislauf-Stillstand sinkt die Überlebenschance der Patienten um ca. 10% pro Minute.

1 In Deutschland liegt die Laien-Reanimationsquote bei nur 35%. Der Rettungsdienst ist im Schnitt erst nach 8,5 Minuten vor
2 Ort. Die Niederlande haben bereits ein landesweites, App bassiertes, System, wie in diesem Antrag gefordert. Mit diesem
3 System wird in den Niederlanden durch qualifizierte Ersthelfer eine Überlebensrate nach Herzstillstand von 80% erreicht. In
4 Deutschland sind es z.Z. 20%.

5 Eine Ersthelfer-App sollte als Ergänzung zum öffentlichen Rettungsdienst dienen und auf Freiwilligkeit beruhen. Sie ermög-
6 licht eine schnelle Alarmierung von qualifizierten Ersthelfern. Hierzu werden zufällig in der Nähe befindliche Freiwillige an
7 den Notfallort alarmiert, um dort schnell Hilfe zu leisten, bis der Rettungsdienst eintrifft.

8 Grundsätzlich sollte ein freiwilliger Ersthelfer keine spezielle Qualifikation zur Teilnahme am Alarmierungssystem benötigen.
9 Eine Teilnahme am „Erste Hilfe“ Kurs sollte ausreichen, allein schon um eine große Anzahl Freiwilliger auch im ländlichen
10 Raum sicher zu stellen.

11 Die App sollte individuell an die Bedürfnisse von Ersthelfern und Trägern anpassbar sein. Sie informiert z.B. über den Standort
12 des nächsten AEDs. Es sollte landesweit nur eine App verwendet werden.

13 Die Datenübertragung erfolgt DSGVO-konform und ist sicher verschlüsselt.

16 Umweltpolitik

17 U1 - Möglichkeiten für Kostenbeteiligung von Arzneimittelherstellern für notwen- 18 dige Reinigungsstufen in Kläranlagen prüfen

20 **Antragssteller:** UB Oldenburg-Land

21 **Beschluss:** Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

22 Die SPD-Fraktionen im Landtag und Bundestag sollen die Möglichkeit prüfen, ob Arzneimittelhersteller künftig an den Kosten
23 der notwendigen zusätzlichen Reinigungsstufen in Kläranlagen beteiligt werden können.

24 **Begründung:**

25 Ca. 2/3 der eingenommenen Arzneimittel werden vom Körper wieder ausgeschieden. Damit gelangen Spuren der Medika-
26 mente im Abwasser. Technisch lassen sich diese Spurenstoffe in Kläranlagen herausfiltern. Allerdings ist das sehr aufwändig
27 und wird nicht durchgehend vollzogen. Vor diesem Hintergrund müssen zusätzliche Reinigungsstufen in Kläranlagen einge-
28 setzt werden, was sehr kostspielig ist. Die privaten Haushalte müssen über die Abwassergebühren die Kosten übernehmen.

Verkehrspolitik

VP1 - Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Antragssteller: UB Göttingen

Beschluss: Erledigt durch Ablehnung des wortgleichen Antrages 16/I/2021 LPT 2021

In § 111 Abs. 5 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird ein Verbot für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ausgesprochen. Das Land Niedersachsen übernimmt im Rahmen der Konnexität den finanziellen Ausgleich an die Kommunen. Zudem werden die korrelierenden §§ 6b und 6c des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes gestrichen.

Begründung:

Das Thema Straßenausbaubeiträge wird in der Öffentlichkeit vermehrt diskutiert und ist seit zwei Jahren aktueller als je zuvor. In ganz Niedersachsen haben sich diverse Bürgerinitiativen gegründet, die zu Recht sehr aktiv auf die ungerechte Verteilung der Sanierungskosten hinweisen. Straßen werden von der Allgemeinheit genutzt und sollten deshalb auch durch diese als Teil der Daseinsfürsorge finanziert werden. Die Finanzierung dieser notwendigen Infrastruktur darf sich nicht auf die an der Straße wohnenden Anlieger*innen beschränken. Sie schaffen und erhalten mit ihren eigenen ersparten finanziellen Mitteln kommunales Eigentum.

Für Grundstückseigentümer*innen bedeuten die Beiträge eine unverhältnismäßig hohe Belastung, die gerade besonders für junge Familien, Rentner*innen, Gering- oder Alleinverdiener*innen kaum zu finanzieren und der Auslöser für erhebliche finanzielle Schwierigkeiten sind. Junge Familien erwerben alte Immobilien, bei denen neben den Kosten für Hauserwerb, Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, energetischer Sanierung sowie der notwendigen Renovierung auch noch Straßenausbaubeiträge anfallen können. Die nicht seltenen existenzbedrohenden Beiträge werden von einem sehr großen Teil der Bürger*innen nicht mehr akzeptiert, auch wenn sie aktuell nicht von Zahlungen betroffen sind. Mittlerweile besitzen knapp die Hälfte der Bürger*innen in Deutschland (47,5 %) ein eigenes Wohnhaus.

Die Anzahl an Hausbesitzern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies ist auch ein Resultat des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens und einer entsprechenden Politik. Da das Eigenheim für viele Hausbesitzer oft der einzige Vermögenswert ist, der im Zuge der eigenen Lebensplanung geschaffen worden ist, werden die durch die Straßenausbaubeiträge verursachten hohen Zusatzkosten auch für unsere Wähler*innen zunehmend zu einer Gerechtigkeitsfrage, die wir beantworten müssen. Auch Mieter*innen nutzen täglich die Infrastruktur Straße und parken ihre Autos im öffentlichen Raum. Zahlen sollen aber allein Anlieger*innen für Ausbau und Erhalt. Die wiederkehrenden Beiträge sind von vielen Kommunen nicht umsetzbar, da häufig die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind, Rechtsunsicherheit herrscht und sie mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden sind. Eine Erhöhung der Grundsteuer als Ausgleich für das Wegfallen der Straßenausbaubeiträge birgt rechtliche Risiken. Auch die Möglichkeit von Stundung und Ratenzahlung können die generelle Problematik der starken finanziellen Belastung sowie die Ungerechtigkeit nicht beseitigen.

Eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne alternative Finanzierung stellt die meisten Kommunen vor erhebliche Probleme. Sie sind kaum in der Lage, den kommunalen Anteil zu gewährleisten, so dass häufig die Infrastruktur Straße in einem schlechten Zustand ist. Die Kommunen müssen in den nächsten Jahren enorme Summen in die Pflichtausgaben Schulen, Kindertagesstätten und -krippen, sowie Feuerwehrhäuser investieren. Durch die Corona Pandemie sind die kommunalen Einnahmen gesunken, die Ausgaben aber gestiegen. Schwimmbäder hatten kaum Einnahmen, Kita-Beiträge wurden den Eltern erlassen, Steuereinnahmen sind weggebrochen. Um den kommunalen Straßenausbau dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es langfristiger und verlässlicher Finanzierungsalternativen vom Land Niedersachsen. Die Kommunen dürfen mit ihren vielfältigen Pflichtaufgaben nicht allein gelassen werden.

Unterstützung findet diese Forderung der Abschaffung der Beiträge von einer Verbände-Allianz, zu der das Landvolk Niedersachsen, Haus & Grund, Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen und der Verband Wohneigentümer Niedersachsen gehören, sowie von unzähligen Bürgerinitiativen im ganzen Land. Die Straßenausbaubeiträge sind bereits in 9 von 16 Bundesländern abgeschafft worden. Z.B. haben Im Landkreis Hildesheim von 18 Städten/Gemeinden/ Samtgemeinden 10 die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft, bzw. hatten noch nie eine. Die derzeitige Rechtslage führt in der Praxis zu der Situation, dass finanzstarke Kommunen auf Beiträge verzichten, finanzschwache dazu nicht in der Lage sind und Grundstückseigentümer*innen weiter belastet werden. Das wird von unseren Genoss*innen als ungerecht und unsolidarisch titulierte. Durch die unterschiedliche Handhabung der Straßenausbaubeiträge in den Bundesländern, lässt sich – mit Blick auf doch erhebliche Kosten für betroffene Bürger*innen – die Frage stellen, ob auf diese Art und Weise die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland gewahrt

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Ablehnung des wortgleichen Antrages 16/II/2021 LPT 2021

VP2 - Verpflichtende regelmäßige Erste-Hilfe-Kurse für alle Autofahrenden

Antragssteller: OV Göttingen-Geismar

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Der SPD Landesverband wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gesetzlich vorgeschrieben wird, dass alle Autofahrenden regelmäßig einen Erste-Hilfe-Kurs nachweisen müssen. Eine derartige Regelung könnte folgendermaßen aussehen:

Alle zehn Jahre muss ein:e Besitzer:in einer Fahrerlaubnis nachweisen, dass sie oder er innerhalb der letzten Jahre mindestens einen Erste-Hilfe-Kurs besucht hat. Wird das nicht nachgewiesen, sollte ein Bußgeld festgesetzt werden.

Begründung:

Der § 19 der Fahrerlaubnisverordnung verlangt, dass alle Bewerber einer Fahrerlaubnis bzw. eines Führerscheins einen Erste-Hilfe-Kurs über 9 Unterrichtseinheiten zu je 45 Minuten absolviert haben müssen, ansonsten bekommen sie ihren Führerschein nicht ausgehändigt. Da es im Straßenverkehr zu erheblichen Gefahren kommen kann und an den allermeisten Unfällen im Straßenverkehr mindestens ein Auto beteiligt ist, ist das absolut nachvollziehbar.

Nicht nachvollziehbar ist allerdings, wieso man davon ausgeht, dass das Wissen um das Leisten von Erste-Hilfe immer noch vorhanden sein soll, wenn bei Autofahrenden der entsprechende Kurs teilweise mehrere Jahrzehnte her ist. Bei betrieblichen Ersthelfern oder Mitgliedern des Katastrophenschutzes zum Beispiel wird verlangt, dass sie alle zwei Jahre den Erste-Hilfe-Kurs wiederholen. Das ist auch sinnvoll, weil das Wissen um Erste-Hilfe regelmäßig aufgefrischt werden muss, ansonsten kann man nicht davon ausgehen, dass bei einem Unfall auch wirklich sinnvoll geholfen wird.

Von daher, wenn man schon Personen mit Fahrerlaubnis verlangt, einen Erste-Hilfe-Kurs besucht zu haben, so muss man von ihnen auch verlangen, diesen regelmäßig zu wiederholen.

VP3 - Das Land in vollen Zügen genießen: für ein 29 Euro Ticket, das inkludiert!

Antragssteller: Jusos Niedersachsen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Bundes- und Landtagsfraktion

Die Nutzung des 49 Euro Tickets zum 1. Mai zu einem grundsätzlich einheitlichen Tarif und auch die vorherige Einigung zwischen Bund und Ländern sind gute und richtige Schritte für die sozialökologische Verkehrswende! Jedoch profitieren noch längst nicht alle Menschen von diesem Deutschlandticket! Eine sozialökologische Verkehrswende muss für alle gelten und dementsprechend möglich gemacht werden.

Deswegen fordern wir:

- Ein Sozialticket für 29 Euro, ohne Abonnement, das überall, sowohl digital als auch analog erhältlich ist und niemanden exkludiert!

Für viele Menschen mit geringem Einkommen bleibt das Deutschlandticket unbezahlbar. Gerade Menschen mit geringem Einkommen brauchen angesichts der hohen Inflation eine gezielte finanzielle Entlastung. Wir unterstützen die Forderung des DGB nach einem Sozialticket für 29 Euro! Neben einer Verkehrswende mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln, ist es ebenso wichtig, dass das ÖPNV-Angebot sozial gerecht ist. Wir fordern ein Deutschlandticket, das flächendeckend und für alle bezahlbar ist. Damit auch wirklich alle sozial Benachteiligten vom Sozialticket profitieren können, sollte dieses nicht nur digital, sondern auch analog am Automaten oder Schalter und ohne Abonnement zu erwerben sein. Denn solange dies nicht der Fall ist, werden weiterhin sozial Benachteiligte vom Ticket ausgeschlossen. Wir brauchen ein Sozialticket, das inkludiert und nicht exkludiert! Das 9-Euro-Ticket war ein erster guter Schritt in die richtige Richtung und zeigte, was möglich ist und in Zukunft möglich sein sollte. Mit dem 9-Euro wurden die Bürger*innen kurzfristig von den steigenden Kosten entlastet, was jedoch zu Lasten der Beschäftigten im ÖPNV geschah. Personalmangel, zu wenige Fahrzeuge und ein überlastetes Schienennetz zeigten schnell die Grenzen des jetzigen ÖPNV-Systems. Infolgedessen heißt dies, dass die Politik aus den erkannten Mängeln des 9-Euro-Tickets lernen muss! Die weiterführende und zukunftsichere Finanzierung des Deutschland Tickets und der Ausbau eines solchen Angebots sind weiterhin strittige Punkte. Sowohl Beschäftigte als auch Fahrgäste dürfen nicht die Leidtragenden für die unklare Finanzierung zwischen Bund und Ländern sein. Die Bundesregierung muss endlich ein Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV beschließen!

Wir fordern außerdem:

- Eine schnellere Umsetzung des 29 Euro Ticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende!

Das geplante landesweite 29 Euro Ticket als vergünstigtes Deutschlandticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende einführen zu wollen, ist ein wichtiger und richtiger Schritt, den wir sehr begrüßen! Denn besonders junge Menschen sind auf eine kostengünstige und gute Mobilität angewiesen und benötigen gerade im Hinblick auf die steigenden Lebenshaltungskosten die kostengünstige Mobilität so schnell wie möglich. Des Weiteren starten Azubis und Freiwilligendienstleistende in der Regel im Sommer eines Jahrs mit der Ausbildung oder dem Freiwilligendienst, daher ist es zu spät, erst im Laufe des Jahres 2024 ein 29 Euro Ticket einzuführen, wenn bereits andere Personengruppen seit Anfang Mai vom 49 Euro Ticket profitieren. Ein 29 Euro Ticket ab dem Sommer dieses Jahrs ist ein gutes und förderndes Angebot für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende. Gerade junge Menschen mussten in den letzten Jahren oftmals zurückstecken und sollten endlich gleichwertig mit anderen Personengruppen von solch einem fortschrittlichen Ticket profitieren. Auszubildende und Schüler*innen sollten unterstützt und das Engagement von Freiwilligen Dienstleistenden gewürdigt und anerkannt werden! Eine schnell vergünstigte Mobilität wäre also ein erster Schritt zu mehr Wertschätzung und Anerkennung und ein gutes Mittel, um Ausbildung und Freiwilligendienste attraktiver zu machen.

Generell muss bei der Debatte zur bezahlbaren Verkehrswende dringend bedacht werden, dass auch fortwährend mehr Geld in den Ausbau von Streckennetzen, modernen und elektrischen Fahrzeugen, in die Infrastruktur des ÖPNV-Systems und die Personalaufstellung im ÖPNV und in Modernisierungsmaßnahmen zur Digitalisierung und Barrierefreiheit fließen muss. Sowohl Bund als auch Länder müssen langfristig sehr viel mehr Geld in die Stärkung des ÖPNV investieren. Denn klar ist: Kostengünstiger, umweltfreundlicher und bezahlbarer Nahverkehr bringt keinem was, wenn es im ÖPNV an Personal mangelt, Züge fehlen und entsprechende Modernisierungsprozesse ausbleiben!

VP4 - Außen grün, innen rot - die SPD kann die Verkehrswende schaffen!

Antragssteller: Jusos Niedersachsen

Beschluss: Ablehnung

Die Klimakrise ist die größte lokale wie auch globale Herausforderung unserer Zeit. Mit unserem heutigen Handeln entscheiden wir über die Zukunft der Menschheit. Besonders im Verkehrssektor werden am laufenden Band die Sektoren Ziele missachtet. Wir können es uns nicht leisten weiter diesen asphaltierten Weg in Richtung Klimakrise zu fahren.

Daher fordern wir:

- **Bau und weitere Planung der Küstenautobahn A20/A26 sind sofort zu stoppen und einzustellen.**
- Kein Bau neuer fossiler Verkehrsinfrastrukturen in Niedersachsen, die durch nachhaltige Infrastruktur ersetzbar sind, sondern eine echte sozialökologische Verkehrswende
- Infrastrukturprobleme sind lokal und umweltschonend zu lösen. Lokale Lösungen wirken dort, wo sie gebraucht werden.
- Die nahezu fertiggestellte Autobahn von Hamburg nach Stade (A26) ist nach Abschluss der Bauarbeiten als in Betrieb zu nehmen.
- Ausbau und Modernisierung der Schieneninfrastruktur, Standard auf Hauptstrecken muss elektrifiziert und mindestens zweigleisig sein. Errichtung neuer Güterumschlagplätze sowie Ertüchtigung stillgelegter Bahnstrecken.

Klimaschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind die wichtigsten Themen für die soziale Gerechtigkeit der jungen und zukünftigen Generationen. Die SPD muss deshalb Vorreiter für Klimagerechtigkeit sein. Die Planung und Umsetzung einer sozialökologischen Verkehrswende ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir sind alle gleichermaßen betroffen und müssen in der Debatte um nachhaltige Verkehrskonzepte und im Kampf für Klimagerechtigkeit unsere Standpunkte setzen und durchsetzen.

Die geplante Autobahn A20 ist ein aus der Zeit gefallenes Projekt. Sie ist weder verkehrs- noch wirtschafts- und finanzpolitisch sinnvoll. Dies haben mehrere Studien bestätigt.

Die Infrastrukturprobleme in der Region sind nicht zu leugnen, eine zusätzliche Autobahn ist aber die falsche Lösung. Die Ursache liegt nicht an fehlenden Straßen, sondern im Straßengüterverkehr, der eigentlich auf der Schiene stattfinden müsste. Wer sich in der Region öfter mit dem Auto bewegt weiß, dass das Problem nicht in der Abwesenheit der Straßen liegt, sondern vielmehr an der Anwesenheit zahlloser LKW. Diese verlangsamen den Verkehr und machen gleichzeitig Überholmanöver besonders gefährlich; ein Phänomen, das im Übrigen auch im Gebiet des geplanten Ausbaus der A39 zu beobachten ist. Daraus den Schluss zu ziehen, man brauche mehr Straßen, ist ökonomisch wie ökologisch zu kurz gedacht. Die Lösung liegt vielmehr in der Schieneninfrastruktur. Diese ist sowohl im Bau als auch im Betrieb umweltfreundlicher und kostengünstiger. Je näher die Ware ihrem Zielort per Schiene kommt, desto besser ist dies auch für die Fahrsicherheit und -geschwindigkeit auf den Straßen.

In den meisten größeren Ortschaften fahren viele Autos. In Bremervörde sind z. B. 86 Prozent des Verkehrs Ziel- und Quellverkehr. Der meiste Verkehr in Orten wie Bremervörde entsteht, weil Menschen in diese Orte hinein- oder aus ihnen hinausfahren wollen. Sie fahren zur Arbeit, zum Einkaufen oder nach Hause. Deshalb heißt der Verkehr, den sie erzeugen, „Ziel- und Quellverkehr“. Die Menschen würden trotz der A 20 nach Bremervörde hinein- oder aus Bremervörde hinausfahren. Die A 20 wird Bremervörde daher kaum entlasten. Die vorhandenen Straßen im Planungsraum der A 20 können den Autoverkehr jetzt und in Zukunft aufnehmen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist der Bau der A20 als Fehler zu benennen. Eine Autobahn rechnet sich erst ab 18.000 Fahrzeugen am Tag. So viele Fahrzeuge werden sicherlich aber auch in Zukunft auf den vorhandenen Straßen im Planungsraum der A20 nicht unterwegs sein. Das hat das Bundesverkehrsministerium in den Berechnungen für den Bundesverkehrswegeplan 2030 festgestellt. Mit der A 28 und der ausgebauten A 1 gibt es bereits eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung, welche durch zahlreiche Bundesstraßen ergänzt wird.

Wir fordern daher

- vielmehr lokale Lösungen zu bauen, wo sie nötig sind, wie beispielsweise kleinräumige Ortsumgehungen

Wir wollen ein Niedersachsen des Fortschritts. Schon heute aber auch in Zukunft bietet die Nordseeküste mit ihrem Potential an OffShore-Energie und dem perspektivisch für den Import von grünem Wasserstoff genutzten LNG-Terminal in Wilhelmshaven einen idealen Standort für die klimaneutrale Industrie. Klimaneutrale Produktion funktioniert jedoch nur mit einem schlüssigen Gesamtkonzept. Dazu gehört ganz zentral auch klimaneutrale Güterlogistik und die wird es mittelfristig schlichtweg nicht auf der Straße geben. Wir als Sozialdemokrat*innen denken Verkehrspolitik mit Maß und Vernunft. Wir wollen eine sozialgerechte und klimaneutrale Verkehrsinfrastruktur, die den Bedürfnissen der Region und der Menschen gerecht wird. Dort wo es möglich ist, in den urbanen Zentren, aber auch in ländlicher Lage, müssen wir wegkommen vom motorisierten Individualverkehr und öffentliche Mobilität stärken und schaffen. Stichworte sind hier: Fahrradstraßen, zuverlässiger ÖPNV mit enger Taktung, Car-Sharing Konzepte und der Ausbau von Park&Ride Parkplätzen.

Die Inbetriebnahme nahezu fertiggestellter Bauabschnitte, wie etwa der Autobahn 26, bekräftigen wir aufgrund des Baufortschrittes hingegen.

Eine starke Schiene bringt die Menschen zusammen. Die Bahninfrastruktur muss massiv gestärkt werden, denn nur so kann die Verkehrswende gelingen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Fahrgastzahlen der Bahninfrastruktur bis 2030, gegenüber 2018, zu verdoppeln. Dies kann nur geschehen, wenn die Infrastruktur massiv ausgebaut wird. Gerade Personen im ländlichen Raum werden von einer Reaktivierung der stillgelegten Strecken und Bahnhöfe profitieren und einen schnellen und zuverlässigen Anschluss an die Ballungszentren bekommen. Auch für die Wirtschaft unseres Landes ist die Reaktivierung sinnvoll. Eine Bahnstrecke erhöht die Qualität eines Wirtschaftsstandortes und schafft wirtschaftlichen Aufschwung für die Region. An einigen Stellen des Niedersächsischen Bahnnetzes gibt es Ausbaubedarf. Hierzu wollen wir einen neuen Standard etablieren: Hauptstrecken müssen elektrifiziert und mindestens zweigleisig sein. Besonders stark frequentierte Hauptstrecken müssen dementsprechend mehrgleisig sein. Hier ist als Beispiel die Strecke Hamburg-Bremen zu nennen. Der Ausbau von Hauptstrecken betrifft in besonderem Maße die Bahnstrecke Osnabrück-Oldenburg zu einer zweigleisigen, elektrifizierten Fernverkehrsstrecke, sowie den Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Leer zu einer zweigleisigen Fernverkehrsstrecke.

Lasst uns gemeinsam die sozialökologische Verkehrswende anpacken!

VP5 - Besteuerung hochklimaschädlicher Privatflüge

Antragssteller: OV Hannover Oststadt/Zoo

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

Privatflüge mit unter 10 mitfliegenden Personen werden mit einer hohen Sondersteuer belegt, die den Umstieg auf den Schienenverkehr erleichtert.

Begründung:

Dem Vernehmen nach fanden in Deutschland im Jahr 2022 rund 94.000 Privatflüge statt, von denen über 80 % eine Entfernung von unter 500 km zurücklegten und sich alle deutlich klimaschädlicher auswirkten als die Nutzung der Bahn oder des Autos. Ein Privatflug soll einen so hohen CO²-Fußabdruck haben wie eine durchschnittliche Privatperson in einem halben Jahr.

VP6 - Förderung schneller Ladeinfrastruktur für Mehrfamilienhäuser verbessern

Antragssteller: OV Georgsmarienhütte

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Für den Ausbau der schnellen Ladeinfrastruktur für e-Fahrzeuge sollen Förderprogramme mit Fokus auf Mehrfamilienhäuser geschaffen werden.

Begründung:

Für die Mobilitätswende hin zu klimafreundlichem Individualverkehr ist eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur eine Grundvoraussetzung.

Die Zulassungszahlen der rein batteriebetriebenen Fahrzeuge (BEV) seit 2020 sprechen eine deutliche Sprache, dass die Elektromobilität immer mehr Fahrt aufnimmt (2020: 194.163; 2021: 355.961 und in 2022: 366.267 Neuzulassungen in Deutschland).

Bislang ist die E-Mobilität hauptsächlich auf Eigenheimbesitzer ausgerichtet, da diese die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob sie an ihrem Haus eine Wallbox installieren.

Der Großteil der Bevölkerung wohnt jedoch in Mietshäusern zur Miete, wovon sehr viele vor 1990 gebaut wurden und deren Elektroinstallationen nicht dafür geeignet sind, Wallboxen zu installieren (dezentrale Stromzähler und Schaltkästen) und z. T. steht nicht jeder Mietpartei ein eigener Pkw-Stellplatz zur Verfügung.

Damit also der Großteil der Bevölkerung bei der Mobilitätswende hin zur Elektromobilität mitgenommen werden kann, müssen öffentliche Schnellladepunkte (sog. DC-Ladesäulen) in den einzelnen Städten und Stadtteilen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen.

Da die Kommunen und Städte bei dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden dürfen, soll die nds. Landesregierung ein entsprechendes Förderprogramm auflegen.

VP7 – Kommunale Selbstverwaltung - Das Recht auf Anordnung von Verkehrsregelungen

Antragssteller: OV Gleichen

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Temporeduzierungen im Innerortsbereich zum Lärmschutz und für die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrenden und spielenden Kindern müssen auf die kommunale Entscheidungsebene. Kommunen sind in der Lage die überörtliche Gesetzeslage, StVO etc., in eigener Kompetenz einzubinden.

Der Landesparteitag unterstützt daher die Initiativen der Landesregierung für mehr Entscheidungsfreiheit bei Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Bundestagsfraktion wird gebeten, entsprechende Initiativen aufzugreifen und die Anpassung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften voranzutreiben

Begründung:

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich außerhalb der Kommunalparlamente immer stärker für ihren Lebensraum. Dabei gibt es sehr häufig inhaltlichen Konsens mit der örtlichen Kommunalpolitik, aber die Umsetzung scheitert an übergeordneten Regeln und Entscheidungen. Das widerspricht einer modernen Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, deren Spielraum heutigen Ansprüchen angemessen erweitert werden muss.

Ein hochgradig aktuelles Thema in diesen Komplex ist die innerörtliche Verkehrsregelung, die unbedingt Teil der kommunalen Selbstverwaltung sein muss. Kommunale Politik ist näher am Bürger als jede andere Form verfasster politischer Arbeit. Dazu gehört heute auch die bürgernahe Entscheidungsebene. Verkehrsschauen sind in der bisherigen Form nicht mehr das zeitgemäße Instrument Entscheidungen zu treffen.

Temporeduzierungen im Innerortsbereich zum Lärmschutz und für die Sicherheit von Fußgängern, Radfahrern und spielenden Kindern sind Gegenstand müssen auf die kommunale Entscheidungsebene. Kommunen sind in der Lage die überörtliche Gesetzeslage, StVO etc., in eigener Kompetenz einzubinden.

Verkehrsminister Olaf Lies hat angekündigt, dass es mehr Möglichkeiten für die Festsetzung von Tempo 30 geben soll, wenn diese Anordnung auch für den Autofahrer nachvollziehbar ist. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wir bitten die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend zu ändern. Dies stärkt die Kommunen und damit die Interessenwahrnehmung Vor-Ort, übergeordnete Entscheidungswege werden reduziert und die Gestaltungsmöglichkeit zur Entwicklung zu mehr Lebendigkeit, Lebensqualität und Nachhaltigkeit gefördert.

VP8 – Barrierefreie Lichtsignalanlagen in allen Kommunen

Antragssteller: OV Wardenburg

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Ampeln mit akustischen Signalen erleichtern blinden und sehbehinderten Menschen die Teilnahme zu Fuß im Straßenverkehr.

Die niedersächsische SPD sieht mit Blick auf die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft die Notwendigkeit, perspektivisch alle Ampeln an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen umzurüsten.

Der Landesparteirat bittet die Landesregierung, Umsetzungsmöglichkeiten und -bedingungen zu prüfen und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Stufenplan hierfür zu entwickeln.

Begründung:

Blinde und sehbehinderte Menschen haben Probleme, Straßen zu überqueren, wenn Ampeln keine akustischen Signale geben, wann die Straße gefahrlos überquert werden kann. Da leider nicht alle Ampeln mit einem akustischen Signal ausgestattet sind, sollte dies zur Pflicht für alle Kommunen in Niedersachsen bei allen Ampeln werden.

VP9 – MPU reformieren

Antragssteller: OV Nordstemmen

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Bundestagsfraktion

Die SPD setzt sich dafür ein, die derzeitige Praxis der MPU (Medizinisch psychologische Untersuchung) für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis zu evaluieren und das Verfahren zu überarbeiten.

Begründung:

Bei einem Antrag auf Wiedererteilung der Fahrerlaubnis bei der zuständigen Behörde wird in den meisten Fällen eine MPU verlangt. Die Fälle sind gesetzlich geregelt. Die MPU wird von vielen Organisationen angeboten, dazu kommt eine Vielzahl an Privatpersonen oder Organisationen, die eine Vorbereitung dazu anbieten. Das ist ein wirklich lukratives Geschäft. Eine sich selbst schmierende Gelddruckmaschine.

Unsere Kritik an der derzeitigen Praxis hat zwei Ansatzpunkte:

1. Obwohl Abstinenz nachgewiesen wird, ist das Ergebnis des Gutachtens ungewiss und trotzdem oft negativ.
2. Durch die hohen Kosten sind Menschen mit einer schlechten finanziellen Situation faktisch von der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis ausgeschlossen.

Basierend auf Einblicken in reale Fälle lässt sich das Folgende ausführen:

Ohne Vorbereitung kommt man praktisch nicht durch die MPU. Das bedeutet mindestens schon mal 2 Anläufe.

Mit Anträgen, Abstinenznachweisen, MPU- Gutachten und Vorbereitung für den 2. Anlauf ist man dann mindestens bei rund 3400 Euro.

Der Ausgang ist ungewiss, weil wieder die Psychologin/der Psychologe trotz jetzt für 2 Jahre nachgewiesener Abstinenz weiterhin Zweifel daran anmelden kann, dass der Antragsteller sich nicht nach Alkohol oder Drogenkonsum doch wieder ans Steuer setzt. Dieses Spiel kann sich Jahre hinziehen.

Finanzpolitik

F1 - Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den § 120 Abs. 2 Satz 3 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) so zu ändern, dass bei der Genehmigung der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Rahmen kommunaler Haushaltssatzungen keine Regelversagung mehr an eine fehlende dauernde Leistungsfähigkeit geknüpft wird.

Begründung:

Wenn Kommunen Kredite aufnehmen wollen, müssen sie die geplanten Kreditaufnahmen in ihre Haushaltssatzung aufnehmen. Die in der Haushaltssatzung vorgesehenen Kreditaufnahmen müssen gemäß § 120 Abs. 2 Satz 1 NKomVG im Vorfeld durch die Kommunalaufsichtsbehörde genehmigt werden. Die Genehmigungskriterien sind in § 120 Abs. 2 NKomVG geregelt. In der aktuellen Fassung des § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG heißt es, die Kreditermächtigung „ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen nicht mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Kommune im Einklang stehen.“ Diese Voraussetzung passt so nicht mehr in unsere heutige Zeit!

Voraussetzung für die Feststellung der dauernden Leistungsfähigkeit ist gemäß § 23 Kommunalhaushalts- & Kassenverordnung u. a., dass die Kommune ihren Haushalt planmäßig in dem betroffenen Jahr sowie den folgenden drei Jahren wird ausgleichen können. Diese Voraussetzung erfüllen heute nur noch die wenigsten niedersächsischen Kommunen. Demnach ist ein Großteil der niedersächsischen Kommunen heute nicht mehr dauernd leistungsfähig im rechtlichen Sinne. Dies hängt in der Vielzahl der Fälle nicht von einer schlechten Haushaltsplanung ab. Vielmehr liegt das Problem in exogenen, nicht von den Kommunen beeinflussbaren Faktoren. Insbesondere sind hierbei die wirtschaftlichen Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine zu nennen. Trotz dessen greift in diesen Fällen die Regelversagung des § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG. Die Kreditermächtigung wäre grundsätzlich zu versagen.

Schaut man sich an, wofür die Kommunen Kredite in ihren Haushalten veranschlagen, fällt schnell auf, dass sie zu großen Teilen bereits nur noch in pflichtige Aufgaben investieren. Zu nennen sind hierbei u. a. Bereiche wie Feuerwehren, ÖPNV oder Schulgebäude. Eine Versagung der Kreditermächtigung ist vor diesem Hintergrund nicht vertretbar!

Langfristig wird überlegt werden müssen, wie eine stabile Finanzierung der Kommunen sichergestellt werden kann. Um aber auch in der aktuellen Lage garantieren zu können, dass die Kommunen weiter in essenzielle Bereiche investieren können, ist der § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG anzupassen. Natürlich ist die dauernde Leistungsfähigkeit ein wichtiger Indikator, der bei der Erteilung der Kreditermächtigung auch berücksichtigt werden muss. Eine Regelversagung hieran zu knüpfen ist jedoch falsch.

F2 - Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren

Antragssteller: UB Region Hannover

Beschluss: Weiterleitung als Material an die Bundes- und Landtagsfraktion

Die SPD in Niedersachsen setzt sich dafür ein, die derzeitige Unterfinanzierung der Kommunen schrittweise zu beseitigen.

1. Kommunale Aufgaben sind dauerhaft in ihrer Finanzierung zu sichern. Dazu gehört, dass bei zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie aktuell zum Beispiel Flüchtlingshilfe eine Finanzierung durch Bund und Land in vollem Umfang sicherzustellen ist.
2. Nach wie vor werden den Kommunen Aufgaben per Gesetz übertragen oder die Qualität vorhandener Aufgaben durch entsprechende Landes- oder Bundesvorgaben erhöht, ohne dass dies mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt ist. Dies muss geändert werden. Wer ein Gesetz beschließt, muss auch die Finanzierung übernehmen.
3. Jedwede Beschlüsse der Bundes- und / oder Landesregierungen müssen darauf hin überprüft werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar zu Mindereinnahmen oder Mehraufwendungen in den Kommunen führen. Ein entsprechender ausreichender Finanzierungsausgleich von Bundes- oder Landesebene an die Kommunen muss damit zwingend einhergehen.
4. Eine konkrete Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen muss endlich her. Bundesregierung und Landesregierungen stehen hier im Wort. Die SPD wird auf allen Ebenen in Gespräche mit den Regierungen eintreten, um hier endlich eine Lösung und deren Umsetzung einzufordern.
5. Eine von Bundesfinanzminister Lindner proklamierte damit einhergehende Grundgesetzänderung und „Auferlegung“ einer Schuldenbremse für die Kommunen ist strikt zurückzuweisen.
6. Altschulden müssen umgehend getilgt werden. Dazu werden Vermögens- und Erbschaftssteuer neugestaltet.
7. Da die Finanzierung der öffentlichen Daseinsfür- und vorsorge überwiegend aus Steuern und Abgaben erfolgt, bedarf es ebenso einer Debatte um Umverteilung.

Die Länder benötigen dringend Änderungen im Steuerrecht, um ihre eigene Finanzkraft zu stärken. Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden, bei der Erbschafts- / Schenkungssteuer und Grunderwerbssteuer müssen die Schlupflöcher geschlossen werden. Kapitaleinnahmen müssen zukünftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

